Nr. 141 — Jahrgang 13 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Freitag, den 22. Juni 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.15 Zlp. Anzeigen unter Text 0.60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 6. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Blutige Schießerei in der Skupschtina

Abgeordneter Rasicz schießt auf die Radiczanhänger — 4 Abgeordnete tot, 12 schwer verwundet? — Große Erregung in Kroatien — Belagerungszustand über ganz Jugoslawien

Belgrad. In der Skupschtina setzte am Mittwoch vormittag die Opposition ihre Obstruktion fort. Dabei kam es zwischen dem Abg. Raditsch und der Bauernpartei einerseits und der Mehrheit andererseits zu starken Zusammenstößen. Als Stefan Raditsch der Mehrheit zurief: „Sie benehmen sich wie Rindviecher", zog der Abgeordnete Ratschitsch von der radikalen Partei einen Revolver und gab mehrere Schüsse in der Richtung der Raditschpartei ab. Die ersten Schüsse trafen den Abg. Paul Raditsch, einen Neffen Stefan Raditschs, tödlich. Durch die Revolverschüsse wurden ferner die Abg. Dr. Pernar und Dr. Basaritschek schwer verletzt. Endlich konnte man dem hin und her schießenden Abg. Ratschitsch den Revolver entreißen und abführen. Welche politischen Folgen diese blutige Tat nach sich ziehen wird, ist im Augenblick noch nicht abzusehen.

*

Agram. Unter dem Eindruck der Schießereien in der Skupschtina war der Telephonverkehr zwischen Agram und Belgrad eine Zeitlang gesperrt. Wie jetzt noch ergänzend gemeldet wird ist auch der Führer der kroatischen Bauernpartei, Stefan Raditsch, erheblich verletzt worden. Nach einem amtlichen Bericht ist Raditsch operiert worden. Der König hat ihn an seinem Krankenlager aufgesucht und mit ihm eine längere Unterhaltung geführt. Der schwerverwundete Abg. Basaritschek ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Die Revolverkugel hatte ihm die Halsschlagader zerrissen.

Nach dem Attentat verließ Ratschitsch sofort das Parlament, vor dem scheinbar ein Auto auf ihn wartete. In der allgemein herrschenden Aufregung gelang es ihm, mit dem Auto aus Belgrad zu flüchten.

In Kroatien haben die Belgrader Vorfälle die größte Erregung hervorgerufen. Die Agramer Blätter gaben mehrere Extrablätter heraus, die das Publikum den Zeitungsverkäufern aus den Händen riß. Zum Zeichen der Trauer und des Protestes schlossen sämtliche Agramer Geschäftsleute und Lokalinhaber ihre Läden. Alle öffentlichen Veranstaltungen wurden für die nächsten Tage abgesagt. In den Eisenbahnwerkstätten wurde eine Zeitlang sogar gestreikt.

Budapest. Ueber die Schießereien in der Belgrader Skupschtina ist bis Mittwoch abends nichts weiteres bekannt geworden. Nicht nur die telephonische und telegraphische Verbindung ist seit Mittwoch nachmittags in ganz Jugoslawien abgesperrt, sondern seit dem Mittag scheint auch der Eisenbahnverkehr unterbrochen zu sein. Die Reisenden, die am Mittwoch Mittag in Budapest angelangt sind, haben von der Ermordung des Abg. Paul Raditsch noch nichts gewußt. Seither sind keine Züge aus Serbien eingetroffen.

Gerüchtweise wird gemeldet, daß nach der Ermordung des Abg. Paul Raditsch die Schießerei in der Skupschtina fortgesetzt wurde und es seien 4 Tote und 12 Verwundete zu verzeichnen.

*

Belgrad. Der Abg. Ratschitsch ließ sich am Mittwoch nachm. gegen 6 Uhr beim Innenminister zu einer Rücksprache melden. Der Minister verweigerte diese und ließ ihn sofort verhaften.

Wie in Parlamentskreisen verlautet, werden die demokratischen Minister unter dem Eindruck des Attentats zurücktreten. Die Raditsch-Partei hielt noch am Mittwoch abends eine Sitzung ab, um über die weitere Haltung der Partei zu beraten. Man spricht davon, daß die Regierung den Belagerungszustand über ganz Jugoslawien verhängen wolle.

Nach dem Ministerrat, der am Mittwoch nachm. stattfand, wurde in einem amtlichen Bericht den Opfern des Attentats und deren Angehörigen das Beileid der Regierung zum Ausdruck gebracht. Der Ministerpräsident sprach der Raditsch-Partei sein Bedauern zu den Vorfällen aus. Die Regierung beschloß auch, die Hinterbliebenen der erschossenen Abgeordneten von Staatswegen lebenslänglich zu unterstützen. An die Presse richtete die Regierung das Ersuchen, die Wahnsinnstat eines Einzelnen nicht politisch auszunutzen.

Das Amnestiegesetz vom Sejm angenommen

Aber alle Verbesserungen wurden abgelehnt — Der Sejm ist in die Ferien gegangen

Warschau. In der gestrigen Sejmsitzung, die bis Mitternacht dauerte, wurde das Amnestiegesetz nach Ablehnung sämtlicher Verbesserungsanträge in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Ablehnung verfiel auch ein weißrussischer Antrag, wonach die Amnestie auf die im Hromadaprozeß Verurteilten ausgedehnt werden sollte. Der Sejm ist nunmehr in die Ferien gegangen.

Polens Wünsche über Danzig

Danzig. Die Mitglieder des Seeschiffahrtsausschusses des Sejms trafen am Dienstag unter Führung des Abg. Zaleski in Danzig ein, wo sie zunächst den Hafen besichtigten. Später vereinigten sie sich beim polnischen diplomatischen Vertreter in Danzig. Minister Straßburger, der Danzigs Verhältnisse zu Polen darlegte. Dabei stellte Minister Straßburger mit Nachdruck fest, daß das Ziel der polnischen Politik in Danzig die Stabilisierung der polnisch-Danziger Beziehungen sei. Die Entwicklung des Danziger Hafens und der Bau des Hafens von Gdingen seien Tatsachen, die eine klare Sprache redeten. Gleichzeitig beweise die riesige Entwicklung des Handelsverkehrs im Danziger Hafen in der Nachkriegszeit, daß Polen neben dem Hafen Gdingen unbedingt auch den Hafen in Danzig benötige, da dies die starke Entwicklung des polnischen Wirtschaftslebens erfordere.

Der stellvertr. Vorsitzende des Sejmausschusses, Abg. Kosydarski stellte fest, daß Polen nicht nur zwei, sondern drei und sogar 4 Häfen haben müsse. Abg. Reich (Jüdische Vereinigung) stellte fest, daß Straßburger pazifistische Politik gleichzeitig die Politik der pazifistisch gesinnten Danziger Faktoren und Kreise unterstütze und den Triumph der nationalistischen Faktoren verhindere.

Abg. Zaleski bemerkte, daß sich Polen von diesem Wege durch keinerlei Provokationen abbringen lassen dürfe.

Die Mitglieder des Ausschusses haben, wie die polnische Telegraphenagentur noch meldet, während ihres kurzen Aufenthaltes auch den Danziger Volkstag besucht und dem sozialdemokratischen Volkstagspräsidenten Spill einen Besuch abgestattet.

Poincaree regierungsmüde?

Paris. Die Unzufriedenheit mit dem Ausfall der Wahlen vom 19. Juni für die Kommissionen der Kammer hat dazu geführt, daß am Mittwoch nachmittag Poincaree den Vorsitzenden der Finanzkommission und den Abg. Francois Poncet empfing, da letzterer gemeinsam mit einer großen Anzahl ihm nahestehender Abgeordneter beschlossen hatte, sich an den Kommissionswahlen nicht zu beteiligen. Auf der Rechten macht sich eine starke Unzufriedenheit mit der Regierung bemerkbar, die tatenlos den Kommissionswahlen zugesehen hat, ohne ihren Einfluß geltend zu machen. Diese Unzufriedenheit mit der Regierung hat dazu geführt, daß man in den Wandelgängen der Kammer von einer sehr bald bevorstehenden ernsten Kabinettskrise spricht und ihren Beginn für die Tage nach der Stabilisierung des Franken annimmt. Wie weit diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen, läßt sich nicht nachprüfen. Sie besagen weiterhin, daß Poincaree zu mehreren Kollegen geäußert haben soll, er wolle den geeigneten Augenblick abwarten, um sich von den politischen Geschäften zurückzuziehen.

Die Bukarester Konferenz

Bukarest. Die Belgrader Bluttat hat die Bukarester Konferenz der Kleinen Entente bedeutend beeinträchtigt. Den ganzen Mittwoch-Nachmittag mußte der jugoslawische Außenminister mit Belgrad telephonieren.

Die Konferenz hielt am Mittwoch zwei Sitzungen ab. Zuerst berieten die drei Außenminister Jugoslawiens, Rumäniens und der Tschechoslowakei über die Lage der Kleinen Entente. Eine allgemeine Aussprache folgte sodann in der zweiten Sitzung.

Am Donnerstag sollen die besonderen Aussprachen folgen.

In einem amtlichen Bericht wird die Einigkeit der Kleinen Entente nachdrücklichst unterstrichen.

Ein italievisches Anleiheangebot für Bulgarien

Sofia. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union zuverlässig erfährt, liegt in Sofia wiederum ein italienisches Anleiheangebot für den sofortigen Abschluß unter Umgehung des Völkerbundes vor.

Zaleskis Außenpolitik

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Warschau, den 19. Juni 1928.

Außenminister Zaleski hat nach seiner Rückkehr nach Warschau der offiziösen „Epoka" eine längere Erklärung abgegeben, in der er seinem Befremden über den Sturm in der deutschen Presse Ausdruck gibt, den Sturm über seinen in Paris gemachten Versuch, die Frage der Rheinlandräumung mit der Sicherheit Polens in Verbindung zu bringen. Er habe in Paris nichts dergleichen behauptet. Dagegen sei es wahr, daß er gesagt habe, der Wunsch, eine Revision der Grenzen mit friedlichen Mitteln anzustreben sei nicht im geringsten friedlicher als das Bestreben, eine Aenderung der Grenzen auf kriegerischem Wege herbeizuführen. Hat sich Deutschland durch diese Aeußerung getroffen gefühlt, so müsse er annehmen, man wünsche in Deutschland den Frieden nicht. Nach einem gewissen Zögern fügte er aber hinzu, daß er daran nicht glaube.

Es ist müßig, Zaleski hier vorzuhalten, daß er in Paris über die Rheinlandräumung doch gesprochen habe. Die Berichte in einem Teil der französischen Presse beweisen es, und wenn es auch nicht die politisch wichtige und ernste Presse gewesen ist, so zeigt das nur wiederum, daß man Zaleskis Erklärungen weiter keinen allzugroßen Wert beigemessen hat. Die englische Presse hat auf die Reden des polnischen Außenministers überhaupt nicht reagiert. Dafür erhoben sich französische Stimmen, die die Rheinlandräumung von finanziellen Kompensationen seitens Deutschlands abhängig zu machen gewillt sind. Für Polen mag es ein Trost sein, daß es in absehbarer Zeit auch an den deutschen Reparationszahlungen beteiligt sein wird — allerdings erst nach Befriedigung der französischen, amerikanischen, englischen und belgischen Ansprüche. Somit scheinen die Bemühungen Zaleskis, die, beabsichtigt oder nicht, die sich anbahnende Besserung der deutsch-französischen Beziehungen wesentlich stören sollten, auf unfruchtbaren Boden gefallen zu sein. Zaleski hätte diese Möglichkeit voraussehen und die immer wieder betonten polnischen Friedensbemühungen nicht aufs Spiel setzen sollen.

Es hätte gewiß diesen Friedenstendenzen eher entsprochen, wenn Zaleski die vor sich gehende Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich benutzt hätte, um auch eine polnisch-deutsche Annäherung in die Wege zu leiten. Anstatt dessen glaubt er den Frieden nur durch ein Aufrechterhalten eines deutsch-französischen Gegensatzes sichern zu können. Im übrigen sind seine Wünsche nicht im Einklang mit den Friedensverträgen und schon gar nicht mit Locarno, wo es ausdrücklich heißt, daß Grenzrevisionen nicht mit Waffengewalt vorgenommen werden dürfen. Davon aber, daß sie überhaupt nicht stattfinden würden, von heut ab in alle Ewigkeit, davon steht dort kein Wort und nur Zaleski selbst hat einmal einen ähnlichen Kriegsächtungsantrag in Genf eingebracht, mit dem sich Polen unsterblich blamiert hat. Es ist erstaunlich, daß man gerade in Polen auf solche Ideen kommt, das doch seine Auferstehung gerade der Unbeständigkeit der Grenzen verdankt. Glaubt man in Warschau, daß Litauen sich mit den heutigen Grenzen zufrieden geben wird, glaubt man, daß die Ukrainer, die Weißrussen, die zu Millionen im polnischen Staat leben, sich mit der Tatsache ihrer staatlichen Unfreiheit versöhnt haben? Die Entwicklung, die ihren Weg nicht rückwärts, sondern nach vorwärts nimmt und immer freieren Evolutionen folgt, wird auch über derartige „Ewige Grenzen" hinweggehen, und je ewiger man sie zu gestalten suchen wird, desto größer wird die Reaktion dann werden. Der polnische Pazifismus, der Zaleski in Paris dargelegt hat, dürfte von keinem der Ende dieser Woche nach Warschau kommenden Vertreter der internationalen Friedensgesellschaften akzeptiert werden. Zaleski selbst, der die ausländischen Gäste begrüßen wird, dürfte sich schön hüten, hier ähnliches verlauten zu lassen. Man hat in orientierten Kreisen die Mutmaßung auftauchen hören, daß Zaleski zu seinem Pariser Vorstoß, den er jetzt wohl infolge seiner Wirkung in ungeschickter Weise zu mildern sucht, von französischen nationalistischen Kreisen bewogen worden sein soll. Das mag nun stimmen oder nicht, jedenfalls steht fest, daß Zaleski mit seinen Erklärungen ebenso einflußlos geblieben ist, wie eben jene nationalistischen Kreise. Aber Zaleski hat sein politisches Credo mißbraucht und in höchst bedauernswerter Weise die Atmosphäre der künftigen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen getrübt, ohne davon irgendeinen praktischen Vorteil zu haben. Durch die Tatsache, daß seine Wünsche in Paris unerfüllt bleiben werden, hat er überdies die herz-

liche polnisch-französische Freundschaft etwas beeinträchtigt, und wenn kleine Geschenke die Freundschaft erhalten, so wird diese durch kleine Absagen gefährdet. Die polnische Politik läuft Gefahr, mit ihren von übermäßiger Grenzangst getragenen Vorstößen in eine gewisse Isolierung zu geraten. Daran ändert auch nichts der Besuch des künftigen englischen Unterstaatssekretärs Sir Ronald Lindsey in Warschau, der nun in der englischen Außenpolitik das große Wort haben wird. Man ist in Warschau auf diesen Besuch sehr stolz gewesen und ihn selbst auf die Gefahr, sich dem Vorwurf antirussischer Machinationen auszusetzen, als ein Zeichen politischer Aktivität bezeichnet. Dabei ist es nichts anderes als ein Orientierungsbesuch gewesen. Wie wir erfahren, begibt sich Lindsey in den nächsten Tagen auch in andere osteuropäische Länder, mit denen er vor Antritt seines neuen Amtes gern persönlich Fühlung nehmen möchte. Ebenso falsch ist es, im Zusammenhang mit dem Besuch Lindseys und der gleichzeitigen Reise Zaleskis nach Paris und Brüssel von neuen antideutschen Tendenzen in der europäischen Politik zu sprechen. Daß dies überhaupt möglich ist, daran trägt die ungewisse, zaudernde Außenpolitik Zaleskis die Schuld. Das Verhältnis Polens zu Rußland entbehrt ebenfalls jeder Klarheit und Kontinuität und es kommt schließlich dazu, daß selbst Länder, denen Polen gegenüber grundsätzlich friedlich gesonnen ist, es feindlicher Absichten bezichtigt. So darf man ruhig glauben, daß Polen nachbarliche Beziehungen, so weit sie gegenwärtig möglich sind, mit Deutschland nicht ungern sehen würde. Wozu es dann neue Schwierigkeiten gleichsam an den Haaren herbeizieht, ist nicht einzusehen. Polens Grenzängste in Ehren — man wird die Pariser Rede Zaleskis als ein Fiasko anzusehen haben, das die nationalistischen Kreise in beiden Ländern erlitten haben. Daß diese heute noch, nach zwei Jahren Pilsudskiregime, in Polen so einflußreich sein können (der polnische Botschafter in Paris ist beispielsweise Posener Nationaldemokrat, ebenso wie führende Persönlichkeiten, die vor kurzem noch die Leitung des Außenministeriums inne hatten), ist eine Tatsache, die nur auf die chaotischen Zustände innerhalb der heutigen Regierung schließen lassen. L.

Das Regierungsprogramm Müller-Frankens

Berlin. Das Regierungsprogramm des Abg. Müller-Franken, das vorläufig der Oeffentlichkeit noch nicht übergeben wird, enthält, wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, 17 verschiedene Punkte, darunter einige, die bisher in den interfraktionellen Besprechungen noch nicht behandelt worden sind. Es stellt im wesentlichen eine Zusammenfassung des Ergebnisses der bisher gepflogenen Erörterungen dar. Einige strittige Punkte sind nicht darin enthalten.

Die Fraktionssitzungen des Zentrum und der Deutschen Volkspartei, die sich mit dem Programm beschäftigten, zogen sich ziemlich lange hin. Während der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erschienen die preußischen Unterhändler der deutschen Volkspartei, um über ihre Unterredung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun zu berichten, der erklärt haben soll, daß er an seinem bisherigen Standpunkte festhalte und von sich aus keine Möglichkeit sehe, vor dem Herbst eine Aenderung in der Zusammenfassung der preußischen Regierung herbeizuführen. Es bleibe aber der Weg offen, daß die Fraktionen unter sich eine Verständigung herbeiführen. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei unterbrach darauf ihre Sitzung. Inzwischen sollen die preußischen Unterhändler auf Grund des gestrigen Beschlusses der Zentrumsfraktion des Reichstages mit dieser Fühlung nehmen.

Die ägyptische Regierungskrise

London. Wie aus Kairo gemeldet wird, hat der Rücktritt des liberalen Kriegsministers Gaafar Pascha Waldi nunmehr zum völligen Bruch der Regierungskoalition geführt. Im Augenblick läßt sich die weitere Entwicklung noch nicht übersehen. Möglicherweise wird die Wafdpartei, die nunmehr die alleinige Verantwortung in der Regierung behält, die frei gewordenen Ministerposten aus ihren eigenen Reihen neu besetzen. Da die Neuwahlen für die Provinzialräte und die Hälfte des ägyptischen Senats im Herbst fällig werden, entsteht die Frage, ob die zerrissene Koalition nicht an sich bereits die Ausschreibung von Neuwahlen notwendig mache.

Nobiles Lager aufgefunden

Flieger Maddalena wirft Proviant ab — Amundsen verschollen?

Oslo. Die italienische Gesandtschaft in Oslo hat von der „Citta di Milano“ eine Meldung erhalten, nach der es dem italienischen Flieger Maddalena geglückt ist, Proviant in das Lager Nobiles abzuwerfen.

Maddalena war mit seinem Apparat „S. 55“ gestern früh nach der Foyn-Insel gestartet, von wo aus er seine Erkundungsflüge nach Nobile unternehmen wollte. Wie schwierig es für ihn gewesen sein muß, das Lager Nobiles aufzufinden, geht aus den von den Fliegern Larsen und Lützow Holm nach ihren vergeblichen Erkundungsfliegen erstatteten Berichten hervor, in denen übereinstimmend unterstrichen wird, daß es für sie äußerst schwierig gewesen sei, zwischen den Eisblöcken das Zelt oder menschliche Gestalten zu erkennen, insbesondere da die Eisflächen von Strecken offenen Wassers unterbrochen seien, auf denen die Sonne sehr stark reflektiere. Das Sonnenlicht erzeuge zwar bei dem Beobachter das Gefühl, daß ihm die Wahrnehmung dadurch erleichtert werde, aber es bringe gleichzeitig täuschende Schattenwirkungen hervor. Man hat Vorbereitungen getroffen, um von den Flugzeugen gewisse Stoffe abwerfen zu lassen, die beim Verbrennen große Rauchsäulen entwickeln. Man hofft, daß auf diese Art General Nobile in den Besitz eines Signals gelangt, mit dem er den Fliegern die einzuschlagende Richtung anzeigen kann. Eine Abteilung von zwei Alpenjägern und zwei dem italienischen Alpenklub angehörenden Studenten ist von der „Braganza“ aufgebrochen, um bis Kap Loben vorzustoßen. Die am 13. Juni von der Wahlenbergbay aufgebrochene Expedition ist auf die „Braganza“ zurückgekehrt.

Das italienische, von Major Penzo geführte Flugzeug sowie das aus Schweden zur Beteiligung an den Rettungsversuchen entsandte Flugzeug sind gestern kurz nach Mitternacht in Kingsbay eingetroffen.

Oslo. Gestern abend wurden in Oslo Gerüchte verbreitet, nach denen es Amundsen gelungen sein soll, bis zu Nobile vorzudringen. In der ganzen Stadt, in den Restaurants usw. riefen diese Meldungen große Begeisterung und Genugtuung hervor. Irgendeine Bestätigung ist aber bis zur Stunde nicht eingetroffen, so daß man beginnt, die Richtigkeit dieser Meldung zu bezweifeln. Von dem französischen Flugzeug Amundsens hat man weder auf den norwegischen Radiostationen noch auch in Green Harbour irgend etwas gehört. Das einzig Tatsächliche ist, daß man nicht weiß, wo sich das Flugzeug mit Amundsen augenblicklich befindet.

Zu den zahlreichen über Guilbaud und Amundsen verbreiteten Gerüchten äußern sich Sachverständige, daß sie, wenn sie auch nichts Bestimmtes wüßten, doch zu der Ansicht neigten, daß Guilbaud und Amundsen in direkter Richtung zu einem Platze nördlich von Spitzbergen vorgedrungen seien, um Nobile zu finden. Die Sachverständigen meinten, wenn das Flugzeug zwischen den Eisfeldern landen sollte, so dürfte es schwierig sein wieder zu starten.

Der norwegische Fliegerleutnant Lützow Holm



Unterzeichnung deutsch-französischer Ergänzungsabkommen

Paris. Wie die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle erfährt, sind am Mittwoch zwischen dem deutschen Botschafter von Hoesch und dem Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Posse mit dem französischen Außenminister Briand und dem französischen Handelsminister Bokanowski zwei Protokolle unterzeichnet worden, von denen das erste die Verzollungsbedingungen gewisser deutscher und französischer Waren festsetzt, bei denen seit Inkrafttreten des Handelsabkommens vom 17. August 1927 Schwierigkeiten entstanden waren. Das zweite Protokoll ist ein Zusatzabkommen zum Handelsabkommen vom 17. August 1927, das die durch das August-Abkommen für eine geringere Anzahl von Erzeugnissen festgelegte Tarifierung richtigstellt.

Des weiteren ist durch Notenaustausch eine Anzahl von strittigen Punkten verwaltungsmäßiger oder ordnungsmäßiger Art geregelt und die Durchführung des deutsch-französischen Abkommens für den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet vom 20. Februar 1928 bis auf Grund der gemachten Erfahrungen mit den notwendigen Abänderungen versehen worden.

Durch die Unterzeichnung der Protokolle haben beide Regierungen ihren gemeinsamen Willen bekundet, jedes Hindernis für die gesunde und fruchtbringende Durchführung der von ihnen im vergangenen Jahre abgeschlossenen Verträge aus dem Wege zu räumen und so für den Warenaustausch eine möglichst reibungslose Abfertigung sicherzustellen.

Vor den Verhandlungen über die Frankenstabilisierungsgesetze

Paris. Am Donnerstag wird die Kammer die Interpellationsaussprache über das Wahlgesetz und die Finanzpolitik der Regierung wieder aufnehmen. Poincaree wird auf die Interpellation antworten und hauptsächlich über die Stabilisierung sprechen, um den Boden für die Beratung der Stabilisierungsgesetze zu ebnen, die der Kammer in den späten Nachmittagsstunden des Sonnabend zugehen werden. Das eigentliche Stabilisierungsgesetz enthält nur wenige Artikel, wird aber durch ein nach Umfang und Bedeutung größeres Uebereinkommen mit der Bank von Frankreich ergänzt. Wenn die Finanzkommission zu der Auffassung kommt, daß die Prüfung der Gesetze rasch beendet werden kann, werden Kammer und Senat noch für Sonnabend Nacht, andernfalls erst für Sonntag vormittag einberufen werden. Die Regierung selbst stellt zwar den Dringlichkeitsantrag für die rasche Erledigung und die Vertrauensfrage für die unveränderte Annahme der Gesetze, wird sich aber, wie verlautet, einer Aussprache nicht widersetzen. Wenn eine Aussprache nötig werden sollte, wird das neue Gesetz erst in der Nacht vom Sonntag zum Montag zur Verabschiedung kommen, so daß der Staatsanzeiger zur Verkündung des Gesetzes ausnahmsweise am Montag erscheint.

Südrußland von einem Wirbelsturm verheert

Kowno. Aus Moskau wird gemeldet, daß in der Ukraine und Weißrußland ein starker Wirbelsturm wütet. Die Städte Poltawa, Minsk und Kiew stehen unter Wasser. Die Telephonverbindung wurde unterbrochen. Die Schäden belaufen sich nach den bisherigen Schätzungen auf mehr als zwei Millionen Mark.

Louba der Spieler

Roman von Edgar Wallace.

11)

„Dann stimmt das also. Er will sich aus dem Staub machen!“

Berry trank sein Glas auf einen Zug aus und setzte es heftig auf den Tisch.

„Und uns läßt er in der Tinte! ... Verheiratet?“

„Und ich will noch heiraten.“

„Ein hübsches kleines Hochzeitsgeschenk für Sie ... ein Arbeitgeber, der ausrückt. Nehmen Sie noch eins.“

Sie tranken noch zwei Glas, und Miller, der gewöhnlich ein enthaltsamer Mensch war, fühlte sich schändlich schlecht behandelt.

„Die ganzen Jahre, die ich bei ihm war!“ murrte er ein über das andere Mal.

„Sie haben sich ein schönes, fettes Hochzeitsgeschenk verdient, alles, was wahr ist,“ pflichtete ihm Berry bei.

„Und die Gelder, die er mir schuldet!“

„Der gemeine Kerl. Er hätte Sie wenigstens bezahlen können.“

Berry war wohl zufrieden mit Millers gegenwärtigem Geisteszustand, aber schon wurde er wieder durch den kleinen Mann an seinem Ellenbogen irritiert, der unverhohlen die Teile des Gesprächs, die an sein Ohr drangen, in sich verarbeitete.

„Verzeihen Sie,“ sagte Berry laut. „Erzählen wir uns etwas, was Sie interessiert, mein Herr?“

„Entschuldigen Sie vielmals,“ sagte der kleine Mann. „Aber es ist nicht meine Schuld, wenn ich hörte, daß Sie von Herrn Louba sprechen.“

„Freund von Ihnen?“

„Oh, nein, nein. Aber ich interessiere mich sehr für ihn.“

„Wirklich? Eine Menge Leute interessieren sich für Louba.“

„Ja, aber ich interessiere mich für ihn ganz besonders im gegenwärtigen Moment.“

„Ach, warum denn?“

Der kleine Mann brachte sein Glas Limonade mit und setzte sich an ihren Tisch.

„Nun, ich habe festgestellt, daß da Costa eine Wohnung über der seinigen im Braymore House bewohnt.“

„Ja, das ist richtig,“ sagte Miller. „Aber man kann ihn kaum einen Freund von Herrn Louba nennen.“

„Nein, so würde ich ihn nicht bezeichnen,“ gab der kleine Mann zurück. „Deshalb hoffe ich ja auch so stark. Er sagte, und wenn er zwanzig Jahre warten müßte. Es sind noch keine zwanzig Jahre her.“

„Es scheint nicht viel Hoffnung vorhanden zu sein, wenn Sie von Herrn Louba sprechen,“ sagte Miller niedergeschlagen.

„Was wissen Sie von Louba?“ fragte nun Berry.

„Oh, nicht viel,“ erwiderte der kleine Mann sanft. „Ich traf ihn vor Jahren ... es ist schon lange her. Aber ich habe nie mein Vertrauen verloren ... besonders nicht auf da Costa. Sie haben mittlerweile wieder Streit miteinander gehabt; sie sind Konkurrenten, müssen Sie wissen. Und da Costa vergißt so leicht nicht.“

„Na, was soll das alles heißen, möchte ich wissen?“ fragte Berry in seiner Ungeduld, Millers Zustand weiter auszubeuten.

Der kleine Mann sah ihn groß an.

„Hat das etwas mit uns zu tun?“ fragte Berry grob.

„Oh, nein, danke vielmals. Verzeihen Sie die Störung. Ich interessiere mich für alles, was Louba betrifft. Es hilft mir vorwärts. Nicht, daß ich je das Vertrauen verlöre,“ sagte er und stand auf. „Vertrauen ist etwas Großes, meine Herren. Ich habe davon seit Jahren gezehrt. Es erhält mich frisch, während ich sonst gestorben wäre ... aber ich bin immer frisch. Ich habe Vertrauen. Und kann warten.“

Er leerte sein Glas Limonade, machte eine linkische Verbeugung und ging.

Berry tippte sich an die Stirn.

„Na, nun hören Sie mal, Miller,“ sagte er. „Louba behandelt uns beide furchtbar schlecht, und außerdem ist er ein Schuft. Warum soll er das ganze Geld zusammenraffen und sich aus dem Staub machen?“

„Wie können wir's aber verhindern?“

„Wir können nicht verhindern, daß er ausreißt, aber wir können uns an seiner Beute schadlos halten.“

„Da sorgt schon Louba dafür! Wenn es auch schlecht geht, verlassen Sie sich darauf, er selber wird immer im Luxus leben und genug haben. Da können Sie Gift drauf nehmen.“

„Wenn wir Narr genug sind, nichts dagegen zu tun. Miller, Sie sind doch mit ihm in derselben Wohnung.“

Miller setzte sein Glas so hastig ab, daß ein Teil seines Inhalts auf die marmorne Tischplatte überschwappte.

„Was soll das heißen? Halten Sie mich für einen Dieb?“

„Ich säße nicht hier mit Ihnen, wenn Sie einer wären,“ antwortete Berry mit etwas übertriebener Großspurigkeit.

„Dann ... was hat dann Ihre Frage damit zu tun, daß ich in derselben Wohnung bin?“

„Nun, Sie können dafür sorgen, daß er es nicht allein ist, der von dem Geld profitiert, das er von anderen eintreibt. Wissen Sie, lieber würde ich das ganze Geld einem Hospital schenken und meine eigenen Rückstände schießen lassen, als daß ich es diesem Schurken gönnte,“ erklärte Berry mit gespielter Entrüstung. „Ihm, der nur zum Untergang anderer Leute arbeitet, Geld wegzunehmen, ist nichts anderes, als wenn man einem Mann den Revolver abnimmt, den er doch nur zu Mord und Totschlag benutzt! Es gibt Stehlen und Nehmen, Miller, und ich sage Ihnen, mir würde nichts daran liegen, einem Schurken wie Louba Geld wegzunehmen!“

„Hm, in der Theorie sieht das ganz gut aus,“ brummte Miller. „Da stimme ich Ihnen bei. Aber wenn es zur Praxis kommt ...“

Er schüttelte den Kopf.

„Ich will das Risiko nicht übernehmen, einem Richter den Unterschied zwischen Stehlen und Nehmen klarzumachen.“

„Falls Sie es mir erleichtern wollen, werde ich das eigentliche Risiko übernehmen,“ versprach Berry. „Wenn Sie Ihre Augen offenhalten können, dann passen Sie auf, wann eine größere Summe einläuft, und sagen Sie es mir. Unter uns beiden wird dann die Sache abgemacht. Ich drehe das Ding, wenn Sie mir beistehen und mich decken. Und wir teilen halb und halb, als ob Sie genau soviel Risiko übernommen hätten. Nun, was sagen Sie dazu?“

Miller hatte eine ganze Weile nicht viel dazu zu sagen. Er war nicht gewillt, den Vorschlag ernsthaft zu diskutieren; aber er fuhr fort, zu trinken, und sein Gesicht verdüsterte sich desto mehr, je größer in seinen Augen die Ungerechtigkeit seines Herrn wurde.

Charles Berry verlor die Geduld nicht und ließ ein frisches Glas nach dem anderen kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Um was sich die bischöfliche Kurie bekümmert

Die Soutanenträger in der Kattowitzer bischöflichen Kurie entfalten seit einiger Zeit ein sehr lebhaftes Interesse für unser Parteiblatt, den „Volkswille“. Wir verstehen nur zu gut, was sie damit bezwecken, sieht es doch so aus, als wenn eine Hand der anderen helfen sollte. Binnen kurzer Zeit haben uns diese geistlichen Würdenträger mit drei gerichtlichen Klagen beehrt, die noch auszutragen sind. Interessant ist jedoch die letzte, in der wir gestern eine polizeiliche Vernehmung hatten. Hier ist der Stein des Anstoßes ein Artikel aus der Hand eines der bekanntesten Verfechter für Menschenrechte, M. Henninger-Andersen, betitelt „Kinder als Lohnsklaven“. Er behandelt nach amtlichen chinesischen und englischen Quellen das Elend des Jugendproletariats in Schanghai, die dortige Kinderprostitution usw. Und diese grauenhaften Zustände interessieren die bischöfliche Kurie so, daß sie uns einfach vor den Kadi zitiert. Auf die Anklageschrift sind wir wirklich neugierig und noch neugieriger, mit was für Beweisgründen uns die hohe Staatsanwaltschaft kommen wird. Der Prozeß dürfte nach unserem Dafürhalten zu den interessantesten werden, da zu seiner ordnungsgemäßen Durchführung eine Reihe von Zeugen notwendig sein wird, die sich gegenwärtig in Paris, London, Charbin, Schanghai und anderen internationalen Städten aufhalten. Das aber nur nebenbei.

Wir wollen lediglich nur das Interesse, welches uns die bischöfliche Kurie entgegenbringt, im Auge behalten. Ihre christliche Nächstenliebe geht also schon so weit, daß ein Artikel über China, von dem sie wahrscheinlich nur von einfältigen Missionsgeschichten Kenntnis hat, herhalten muß, um uns am Zeug (vorläufig ist das noch ein Wunsch) flicken zu können. Anscheinend lebt man in China im Paradiese, nicht wahr, glaubt man in der Kurie, und muß deshalb gegen unsere elenden Verleumdungen mit Hilfe des famosen Pressedekrets Front machen. Man muß sich wirklich wundern über so viel Eifer, über diesen Eifer, der tatsächlich nach heiliger Einfalt riecht, bloß nach der von der jesuitischen Richtung.

Wir haben durchaus nichts dagegen, wenn sich die Herren der bischöflichen Kurie etwas betätigen, sie kosten genug Schweißtropfen die oberschlesische Arbeiterschaft, aber dann etwas mehr im christlichen Sinne. Anstatt an der Publikation des Elends großer Teile der chinesischen Bevölkerung Anstoß zu nehmen, müßten sie es zu allererst an dem ebenfalls zur Genüge vorhandenen Elend der oberschlesischen Bevölkerung Anstoß nehmen. Vielleicht interessiert sich die bischöfliche Kurie einmal für die zahllosen Selbstmorde der Arbeitslosen, für diejenigen, die an Unterernährung dahinsiechen, für die zahllosen verwahrlosten Kinder, für das Elend der Witwen und Waisen, und für das der alten Rentner. Weniger aber für ihre Prachtbauten, Kirchenreparaturen, für Kriegspropaganda, vor allem jedoch wie sie ihre Einkünfte verbessert. Dann auch weniger für die sozialdemokratische Presse, die sicherlich christlicher als die klerikale ist.

Nur die Geistlichen werden berücksichtigt

Der letzte Ministerrat in Warschau befaßte sich u. a. mit der materiellen Lage der schwarzen Herren und kam zu dem Entschluß, daß ihnen geholfen werden muß. Ein Antrag, allen Geistlichen in Polen eine einmalige Beihilfe zu gewähren, wurde angenommen. — So lauten kurz die Meldungen über die Beschlüsse des letzten Ministerrates aus Warschau. Die Staatsbeamten warten seit zwei Jahren vergebens auf eine Aufbesserung ihrer Bezüge, die Invalidenrenten sind infolge der Teuerung und der Geldentwertung keine Renten mehr, sondern direkt Bettelgroschen geworden. So wie die Dinge gegenwärtig in Polen liegen, ist eine Aufbesserung der Renten völlig aussichtslos. Nur für die schwarzen Herren ist Geld vorhanden, weil sie es dringender brauchen als die Staatsbeamten, die Pensionäre und die Kriegsopfer.

Gleichzeitig kommt eine zweite Meldung aus Warschau, die nicht minder interessant ist. Das höchste polnische Gerichtstribunal in Warschau hat sich mit einer wichtigen Frage beschäftigt, und zwar, ob die schwarzen Herren zur Zahlung von Kommunalsteuern verpflichtet sind, und entschied, daß das nicht der Fall ist und daß die Geistlichen zur Zahlung von Kommunalsteuern nicht angehalten werden dürfen. Da bis jetzt die Geistlichen in der schlesischen Wojewodschaft die Kommunalsteuern gezahlt haben, so legt ihnen die Kattowitzer „Polonia“ nahe, die Rückzahlung dieser Steuern von den Steuerämtern zu verlangen. Da das Geld für den Menschen oder dessen sterblichen Reste das Dasein verschönert, so ist es logisch, daß die Seelenhirten die Rückzahlung der bezahlten Kommunalsteuern verlangen werden. In den meisten Gemeinden Polens, und nicht zuletzt bei uns in Schlesien, ist der geistliche Herr der reichste Bewohner im Orte und dieser reichste Bewohner wird von jeder Abgabe für die Gemeinde befreit, aber mitreden darf er ja, und nicht nur mitreden, sondern, wie das in den kleineren Gemeinden üblich ist, die ganze Wirtschaft und Politik in der Gemeinde bestimmen. Das Gericht mußte sie auf Grund des Konkordates von der Steuer freisprechen, weil es nicht anders ging.

Also staatliche Zuwendungen, Aushilfen und Steuerfreiheit dazu. Nur die Geistlichkeit kann eine so privilegierte Stelle im polnischen Staat einnehmen. Wer also ein sorgloses Leben in Polen führen will, der muß Geistlicher werden.

Rechte und Pflichten der Knappschaftsmitglieder

Die allgemeine Notlage der Arbeitslosen bringt es mit sich, daß so manches Knappschaftsmitglied seine Rechte verliert. Es weiß es nicht, daß wenn es seine gezahlten Jahre einhalten soll, vor Ablauf eines Jahres nach dem Ausscheiden von der Arbeitsstelle die Anerkennungsgebühr pro Monat 50 Groschen entrichten muß. Wer noch länger arbeitslos bleibt und nicht in der Lage ist die Anerkennungsgebühr zu zahlen, so muß er bei seinem zuständigen Knappschaftsältesten Stundung beantragen. Derselbe muß einen diesbezüglichen Antrag an den Vorstand der Spolka Bracka stellen. Ebenfalls müssen alle diejenigen Bergarbeiter, welche auf der deutschen Seite arbeiten nach Tarnowitz ihre Anerkennungsgebühr zahlen, wenn sie ihrer Rechte nicht verlustig gehen wollen. Am schlimmsten ist es mit denjenigen bestellt, die nach Frankreich ausgewandert sind und hier einige Jahre Knappschaftsbeiträge entrichtet haben. Wenn sie die Anerkennungsgebühr nach Tarnowitz nicht zahlen, verlieren sie ihre Jahre in der Knappschaft, was sie erst in den alten Tagen bemerken werden, was das heißt. In der letzten Zeit sind viele solcher Fälle vorgekommen, da die Anerkennungsgebühren erst nach einem Jahre entrichtet wurden und die Leute das Geld zurückerhielten mit dem Hinweis, daß das Geld zu spät eingezahlt, da bereits die Mitgliedsschaft verloren sei. Daher werden alle auf der deutschen Seite arbeitenden Bergleute aufmerksam gemacht, die Mitgliedschaft nicht verfallen zu lassen. Auch die Verwandten der nach Frankreich Ausgewanderten werden gut tun, wenn sie für ihre ausgewanderten Angehörigen die Anerkennungsgebühr an die Spolka Bracka entrichten. Wer in dieser Angelegenheit eine genaue Aufklärung erfahren will, der wende sich an den zuständigen Knappschaftsältesten.

Die Arbeiter hungern — die Kapitalisten kaufen Schiffe

In dem Dombrowaer Kohlengebiet ist auf einzelnen Gruben der Streik ausgebrochen. Auf zwei großen Gruben „Kazimierz“ und „Juljusch“ haben alle Arbeiter die Arbeit hingeworfen und sind in den Streik getreten. Auf anderen Gruben ist der Streik noch nicht vollständig, weil die Bergarbeiterorganisationen zum Streik noch nicht aufgefordert und die Arbeiter selbst einen solchen Beschluß noch nicht gefaßt haben. Möglich ist es, daß der Streik um sich greifen wird, oder, daß es gelingen wird, die Arbeiter zu beschwichtigen und sie mit einer niedrigen Lohnerhöhung abzuspeisen.

Eine starke Aufregung macht sich auch unter den Kohlenarbeiter in dem galizischen Kohlenrevier, in Chrzanow, bemerkbar, weil dort die Arbeiter genau so am Hungertuche nagen, wie die Kohlenarbeiter in Dombrowa. **Wie stehen die Dinge bei uns in Schlesien?** Bekanntlich sind die Löhne in dem schlesischen Kohlenrevier, die höchsten in ganz Polen und hier, müßten die Arbeiter zufrieden sein. Ein Bergarbeiter von der Myslowitzer Grube, der eine Familie bestehend aus 9 Köpfen zu ernähren hat, legte uns seine Lohnzettel vor. Im Monat April hatte er 21 Schichten verfahren und sein Verdienst betrug 154,37 Groschen. Im Monat Mai war die Situation noch viel ärger. Der betreffende Bergmann hat nur 18 Schichten gearbeitet, weil alles übrige Feierschichten waren. Sein Verdienst im Monat Mai betrug 133,34 Groschen. Wie gesagt, hat der Arbeiter nebst Frau sieben Kinder zu ernähren. Mithin entfällt auf ein Familienmitglied 14.81 Groschen für den ganzen Monat. Zehn Prozent entfallen gleich für die Miete und für das übrige soll sich die Familie ernähren und bekleiden. Kein Wunder also, daß die Leute schimpfen und alles verfluchen und verwünschen. Da sollte sich mal Herr Rumun anhören, was die Leute über Polen erzählen. Kommt es einmal zum Ausbruche, so werden die Folgen fürchterlich sein und das, was sich in der bolschewistischen Revolution ereignet hat, wird womöglich bei uns in den Schatten gestellt werden. Das mögen sich nicht nur die Herrn Rumun aber auch die Herrn Kiedron, Falter, Sabas und wie alle diese Herrn heißen mögen, gesagt sein lassen. Sie spielen mit dem Feuer und treiben die Arbeiter direkt zur Verzweiflung. Die Situation ist ernst, ist viel ernster als man allgemein annimmt. Die wirtschaftliche Politik der Regierung, die uns jeden Monat eine neue Teuerungswelle beschert einerseits und die niedrigen Löhne andererseits, haben die Arbeiterzentren in Pulverfässer verwandelt, die sehr leicht explodieren können. Anstatt aber die Ursachen dieser Unzufriedenheit zu beseitigen und den Arbeitern ein menschenmögliches Auskommen zu beschaffen, werden die Arbeiter als Kommunisten verschrieen und die Polizei gegen sie gehetzt.

Der „Krakauer Kurjer Ilustrowany“ nimmt Stellung zu dem Teilstreik in Dombrowa und sagt, daß das lediglich die Kommunisten sind. Auch wollen die Kommunisten in Chrzanow und in dem schlesischen Kohlengebiet die Bergarbeiter zum Streik verführen. Das Blatt zeigt auf die P. P. S.-Lewica und gibt der Polizei zu verstehen, daß sie einem evtl. Streik vorbeugen soll. Das bedeutet, daß man die bekannten Links-Sozialisten einsperren soll. Das ist also die kapitalistische Universalsalbe gegen jede Arbeiterbewegung, selbst wenn sie noch einmal so berechtigt wäre. Einsperren, aber wo steht es geschrieben, daß jedesmal nur die Arbeiter eingesperrt werden sollen. Wir meinen, daß diejenigen, die die Arbeiter zur Verzweiflung treiben und sie am Hungertuche mit ihren Frauen und Kindern nagen lassen, verdient haben als die ersten eingesperrt zu werden, — wenn schon vom Einsperren die Rede sein soll.

Doch lassen wir die Philisterphilosophie beiseite, weil hier andere Mittel angewendet werden müssen. Eine wesentliche Lohnerhöhung muß Platz greifen, wenn unsere Arbeiterschaft nicht ganz verkommen soll. Acht oder 10 Prozent ist zu wenig und wäre damit den Arbeitern nicht geholfen. Es muß endlich durchgeführt werden, daß Monatseinkommen auf den schlesischen Gruben und Hütten unter 200 Zloty abgeschafft und das Privatunternehmertum auf den Gruben und Hütten ganz beseitigt wird.

Bei jeder Lohnforderung der Arbeiter kommt das Gejammer der Kapitalisten von der Rentabilität der Industrie und den Absatzmärkten. Wie es mit der Rentabilität der Betriebe bestellt ist, das wissen wir nicht genau, weil die Kapitalisten das sorgfältig verschweigen und in der letzten Zeit selbst ihre Bilanzen nicht mehr veröffentlichen. Sie haben ihre guten Gründe, daß sie der Oeffentlichkeit in ihre Geschäftsgebarung keinen Einblick gewähren. Aus den vielen wollen wir hier nur einen Kohlenkonzern, den „Robur“, herausgreifen, der Investitionen über Investitionen macht und zwar nicht nur in Schlesien, aber in Gdingen. Der „Robur“ ist dort leistungsfähiger als die polnische Regierung. In dem Gdingerhafen hat „Robur“ bereits für 3 Millionen Zloty eingebaut und baut tapfer weiter. An Schiffstonnage hat der schlesische „Robur“ bereits 5000 Tonnen für 10 Millionen Zloty erworben und wird demnächst weitere 5000 Tonnen Schiffsraum für weitere 10 Millionen Zloty erwerben. Von wo hat denn der „Robur“ das Geld her, wenn die Kohlenbetriebe sich kaum rentieren, wenn bei dem Kohlenexport zugezahlt werden muß und jede Preiserhöhung für die Inlandskohle durch die hohen Löhne aufgebracht wird? Die Kohlenbarone haben schon ein Interesse daran, wenn sie sich in die Karten nicht blicken lassen und ihre richtige Bilanzen vor neugierigen Augen sorgfältig verwahren. Sie „verdienen“ **heute mehr denn je und pressen den Arbeiter bis zum Weißbluten aus. Sie sind gerade schuld an dem großen Elend der schlesischen Arbeiter. Doch der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht und das er einmal brechen wird, daß ist für jeden, der die Situation gut kennt, klar.**

Der Fall Kormann nochmals vor Gericht

1500 Zloty Geldstrafe bezw. 5 Monate Gefängnis für Redakteur Nogaj.

Der sensationelle Fall Kormann beschäftigte am gestrigen Mittwoch noch einmal das Kattowitzer Gericht, unter der Spitzmarke „Rehabilacja kata“ (Kat bedeutet Henker bezw. Scharfrichter) Kormana berichtete zu Anfang des Jahres 1927 die „Polonia“ über das, gegen den im Jahre 1921 in Sosnowitz stationierten Kapitän Kormann eingeleitete Strafverfahren und den erfolgten Freispruch vor dem Krakauer Militärgericht im Berufungsverfahren. In dem fraglichen Artikel war im Zusammenhang mit dem erfolgten Freispruch von verschiedenen Schikanen durch den Kapitän gegenüber verschiedenen politischen Persönlichkeiten während der unruhigen Zeit des Plebiszits und der Aufstände die Rede. Einen ähnlichen Artikel hatte s. Zt. auch die „Kattowitzer Zeitung“ veröffentlicht. Kapitän Kormann beantragte gegen beide Blätter ein Strafverfahren. Während das Strafverfahren gegen die „Kattowitzer Zeitung“ inzwischen abgeschlossen wurde und eine Verurteilung des früheren verantwortlichen Redakteur erfolgt ist, hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Polonia“ Stanislaus Nogaj nach bereits erfolgter Vertagung erneut zu verantworten. Wegen unberechtigter Kritikübung an dem Urteil des Militärgerichts in Krakau ist die „Polonia“ bereits vorher mit einer Geldstrafe von 100 Zloty belegt worden.

Der gestrige Beleidigungsprozeß des Kapitän Kormann kontra „Polonia“, welcher vor dem Einzelrichter zum Austrag kam, wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit ausgetragen, so daß über den eigentlichen Verlauf dieses sensationellen Prozesses nicht berichtet werden darf. Rechtsbeistand des Privatklägers, Kapitän Kormann war Rechtsanwalt Zbislawski. Als Zeuge wurde lediglich der Präses des Aufständischenverbandes Kornke vernommen, da Stadtrat und Major Ludyga-Laskowski zur Verhandlung nicht erschienen ist. Nach einer etwa ½ stündigen Verhandlungsdauer, wurde der **verantwortliche Redakteur Nogaj zu einer Geldstrafe von 1500 Zloty bezw. 5 Monaten Gefängnis verurteilt.** Eine nähere Begründung des Urteils erfolgte nicht, vermutlich wohl mit Rücksicht auf die besondere Eigenart dieses Prozesses.

Kattowitz und Umgebung

Deutsche höhere Minderheitsschulen.

Die Anmeldungen für das Klassische Gymnasium in Kattowitz erfolgen am 25. und 26. Juni. Eine Zeit ist nicht angesetzt. Die Sprechstunden des Direktors sind von ½11 bis ½12 Uhr vormittags. (Siehe Aushang am schwarzen Brett im Gymnasium). Mitzubringen sind: Geburtsurkunde, Impfschein und letztes Schulzeugnis.

Die Aufnahmeprüfungen finden statt für Klasse II—VIII Mittwoch, den 27. Juni um 8 Uhr. Dazu sind Schreibmaterialien (Bleistift, Feder, Tinte, Papier) selbst mitzubringen, — für Klasse I, am Donnerstag, den 28. Juni, vormittags 10½ Uhr.

Die Anmeldungen für das mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium (Oberrealschule) Katowice erfolgen in der Zeit vom 21. bis 23. Juni 1928 von 11—12 Uhr vormittags in der Direktionskanzlei. Vorzulegen sind: Geburtsurkunde, Impfschein, letztes Schulzeugnis.

Die Anmeldungen für die Minderheitsknabenmittelschule in Katowice, Klasse III—VIII sind am 25. und 26. Juni, nachmittags von 3—5 Uhr in der Knabenmittelschule Katowice. Mitzubringen sind: Impf- und Geburtsschein.

Ermäßigte Höchstpreise für Mehl und Butter. Für die laufende Woche und zwar bis einschließlich zum nächstfolgenden Mittwoch, ist eine Ermäßigung der Höchstpreise für Mehl und Butter eingetreten. Die Preisfestsetzungskommission in Kattowitz hat nachstehende Preisänderungen getroffen. Für Weizenmehl 60 Prozent pro Pfund von 46 auf 45, Roggenmehl (70 Prozent) von 41 auf 40, Tafelbutter von 330 auf 310, Landbutter von 280 auf 260 und Kochbutter von 240 auf 220 Groschen. Die neuen Preise gelten ab heutigen Donnerstag. — Für Fleisch- und Wurstwaren werden die Höchstpreise bis auf weiteres auf der amtlichen Preistafel nicht notiert.

Auto und Fuhrwerk. Am gestrigen Mittwoch, abends gegen 6 Uhr ereignete sich zwischen einem Fuhrwerk und einem Personenauto unmittelbar an den Kammerlichtspielen in Kattowitz ein Zusammenstoß. Die Plaue des Autos wurde beschädigt und zum Teil heruntergerissen. Bei dem Zusammenprall erlitt eine Autoinsassin Kopf- und Gesichtsverletzungen. Die Verletzte ist zwecks Anlegung eines Notverbandes nach dem Spital geschafft worden. Der Unfall ereignete sich während einer Verkehrsstockung infolge Heranfahren mehrerer Fahrzeuge in unmittelbarer Aufeinanderfolge.

Suppenküchen im Landkreis Kattowitz. Neben den Volksmilchküchen sind in den einzelnen Ortschaften des Landkreises Kattowitz Suppenküchen vorhanden, in denen an Ortsarme und Erwerbslose, sowie deren Angehörigen Mittagsportionen verabfolgt werden. Volkssuppenküchen weisen nachstehende Gemeinden und Ortschaften des Landkreises auf: Neudorf, Rosdzin, Schoppinitz, Siemianowitz, Eichenau, Michalkowitz, Paulsdorf, Janow, Bielschowitz, Brzezinka, Brzenskowitz, Chorzow, Kuntzendorf,, Kochlowitz, Makoschau, Hohenlohehütte. Von den 8229 registrierten Beschäftigungslosen im Landkreis Kittowitz sind im Vormonat 5598 Beschäftigungslose gespeist worden. Es gelangten insgesamt 94 639 Portionen, sowie überdies 152 Bons zur Verteilung. Die Gesamtunterhaltungskosten betrugen für den Monat Mai 18 229,32 Zloty. Es wurden aufgebracht: Aus eigenen Mitteln (Gemeindefonds) 11 052,07 Zloty, aus privaten Zuwendungen 989,28 Zloty, durch Sammlungen 3130,40 Zloty und schließlich als Beihilfe aus dem Wojewodschaftsfonds 2 260,59 Zloty. Die Restsumme von 761,98 Zloty wird durch die Einnahmen aus dem laufenden Monat ausgeglichen.

Königshütte und Umgebung

Die Militarisierung der Jugend. Die Königshütter Schützengilde gibt wieder einmal bekannt, daß am 24. Juni ein großes Schulschießen auf dem Bismarckhütter militärischen Schießplatz stattfindet. — Sehr richtig! Unsere Jugend hat wirklich nichts anderes zu tun, als sich mit der Schießerei abzugeben. Man darf sich dann wirklich nicht wundern, wenn sie, falls sie die Schule verläßt, armselig an Kenntnissen, die notwendig zu einem Lebensberuf sind, ist. Das zeigte sich schon früher in Galizien, aber da Galizien heute hier das erste Wort redet, muß es auch bei uns so werden. Das sind schöne Aussichten für die Zukunft unseres Landes.

Kein Wunder. Das Autopech des Herrn Starosten und Polizeidirektors Szalinski hat ziemliches Aufsehen erregt und wir wollen hoffen, daß die höheren Behörden sich mit ihm darüber etwas eingehend unterhalten werden, aber diese Gelegenheit nicht unbenutzt lassen, um auch sich etwas in der Polizeidirektion Königshütte umzusehen. Wir haben wiederholt schon auf dort herrschende Mißstände hingewiesen, die dringend der Abstellung bedürfen. Sind sie nicht schon längst behoben worden, so ist das allerdings kein Wunder, da man von einem Polizeidirektor, der nicht einmal einfache Verordnungen (Fahrtlizenz) kennt, das unmöglich verlangen kann. Hoffentlich wird das aber nachgeholt werden und hoffentlich werden die Mißstände, die bei der Abfertigung des Publikums noch weiter herrschen, bald der Vergessenheit angehören. Und vielleicht bringt man manchen Beamten der Polizeidirektion etwas mehr Höflichkeit bei. Herr Dr. Brudniak wird sicherlich in der Lage sein, Unterricht im Anstand zu erteilen. Geschieht das, so wird es nicht schaden, wenn der Magistrat dieses Beispiel nachahmenswert findet. Sicherlich wird sich auch Herr Spaltenstein zu einem Anstandslehrer vorzüglich eignen. Und wir sind überzeugt, daß er sehr viel zu tun haben wird.

Das alte Gebäude der Bank Polski. Zu Beginn dieses Jahres war die hiesige Filiale der Bank Polski in das neue von ihr errichtete Verwaltungsgebäude übergesiedelt, so daß das alte Haus in der ulica Piastowska frei geworden ist und jetzt zum Verkauf steht. Die Stadt hatte anfänglich beabsichtigt, das Gebäude anzukaufen und hier das Bezirkskommando für ständig unterzubringen. Diese Verhandlungen sind nunmehr erneut aufgenommen worden. Eine Kommission von Fachleuten ist gegenwärtig mit der Werteinschätzung des Objektes beschäftigt. Man spricht von einem Verkaufspreise von 120 000 Zloty.

Siemianowitz

Betriebsrätewahlen auf „Ficinusschacht".

Am 7., 8. und 9. Juli d. J. finden hier die Betriebsrätewahlen statt. Bis dahin sind 8 Listen eingereicht worden, und zwar: Liste 1 Christliche Poln. Berufsvereinigung, Spitzenkandidat Materny. Liste 2 Vereinigte Klassengewerkschaften (Bergarbeiterverband und Polnischer Zentralverband), Spitzenkandidat Krakowski. Liste 3 Polnischer Angestelltenbund, Spitzenkandidat Wilczek. Liste 4 Afabund, Spitzenkandidat Kitzia. Liste 5 Christliche Dem. (Kontraliste gegen Liste 1), Spitzenkandidat Matheja. Liste 6 Polnische Berufsvereinigung, Spitzenkandidat Wilczok. Liste 7 wilde Liste, Spitzenkandidat Zlobinski. Liste 8 Polnischer Angestelltenbund (Kontraliste gegen Liste 3), Spitzenkandidat Berginspektor Bernatzki. Na also! Sind acht Listen noch zu wenig? Die wilde Liste kostete Zlobinski viel Mühe. Zlobinski, der von einer zur anderen Organisation marschiert, wollte sich zu dieser Wahl sichern und wieder als Obmann bleiben. Er war Mitglied des Deutschen Bergarbeiterverbandes und zugleich Mitglied der Polnischen Berufsvereinigung. Er wollte sein Glück versuchen. Mit dem Deutschen Bergarbeiterverband war nicht viel zu machen, denn solche Vögelchen werden dort sehr schnell entlarvt. Zlobinski blieb daher Mitglied der Polnischen Berufsvereinigung und weil man ihn dort auf die fünfte Stelle auf die Liste stellte, geriet er in große Wut und stellte eine wilde Liste auf. Wir gratulieren.

Die Mitglieder der Klassengewerkschaften werden wissen, was sie an den Wahltagen zu tun haben. Ihre Liste ist Nr. 2, Spitzenkandidat Krakowski. Auf diese Liste sind die Stimmen abzugeben.

Beim Spielen schwer verunglückt ist der 5jährige Knabe der H.'schen Eheleute, von der Mathejki 5. Er lief auf einen Steinhaufen auf und verletzte sich an der Stirn schwer, so daß er ins Hüttenlazarett geschafft werden mußte.

Selbstmordversuch. Der Arbeitslose Dziembor Johann, von der Miczkiewicza, 25 Jahre alt, versuchte sich durch Gas aus dem Leben zu schaffen. Sein Vorhaben wurde jedoch bemerkt und die erste Hilfe war von Erfolg. Darauf schaffte man den Lebensmüden ins Krankenhaus nach Bogutschütz.

Desertion und Eigentumsvergehen. Der Polizei in Siemianowitz fiel es auf, daß ein gewisser B. O., von der Piastowska, bei Annäherung eines Polizeibeamten sofort flüchtete und sogar auf den Dächern Zuflucht suchte. Man nahm anfangs an, es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben. Bei einer energischen Verfolgung wurde B. erwischt und es stellte sich heraus, daß es ein Deserteur war. — Von seinem Bewährungsurlaub aus dem Gefängnis wurde der jugendliche Herbert K. weg verhaftet, weil er es nicht lassen konnte, auch während dieser Zeit zu stehlen. Er entwendete einem Invaliden eine Brieftasche mit 8 Zloty Inhalt. — Desgleichen wurde eine Person beim Schmuggeln gestellt und eine andere wegen Brandstiftung festgesetzt.

Im Gemeindebüro verhaftet. Die Fälle von Uebergriffen Arbeitsloser in Siemianowitz mehren sich bedenklich, da diesen Bedauerlichen häufig ungerechtfertigte Schwierigkeiten gemacht werden. Nach einer heftigen Auseinandersetzung mit dem anmeldenden Sekretär, der den Arbeitslosen Ch. nicht in das Amtszimmer des Bürgermeisters vorlassen wollte, ist Ch. verhaftet worden.

Gerissene Diebe. Zwei Freunde, Erwin Madzella aus Siemianowitz und Oskar Jasczurek aus Zawodzie, brachen in das Geschäft von Winstrauch in Kattowitz ein und entwendeten Waren in Höhe von 2000 Zloty. Auch verschiedene andere Einbrüche hatten sie auf dem Kerbholz. Als Helfershelfer fungierten eine Frau Gertrud Respondek und ein Johann Ignastowski. Am 14. dieses Monats verurteilte das Landgericht in Kattowitz die ersten beiden zu 3 Monaten, die vielfach vorbestrafte Respondek zu einem Jahre und Ignastowski zu 2 Wochen Gefängnis.

Unehrlich. Das Dienstmädchen U. H., von der Miczkiewicza, hat eine Stellung in Krakau angenommen, wo sie nach Verübung einiger Diebstähle verschwand und wieder in Siemianowitz bei den Eltern erschien. In Erwartung hier unbehelligt zu bleiben, wurde sie jedoch auf Veranlassung der Krakauer Polizei inhaftiert.

Myslowitz

Ein Arbeitsjubiläum mit Flüchen.

Die schlesischen Eisenbahner fühlen sich bekanntlich alle zurückgesetzt und materiell benachteiligt. Nach der Genfer Konvention bleibt die schlesische Eisenbahn, obwohl sie unter der polnischen bezw. der deutschen Verwaltung steht, eine oberschlesische Eisenbahn. Auf den Waggons steht auch nicht P. K. P. (Polnische Eisenbahn), sondern „Oberschlesien" bezw. „Gorny Slonsk". Mag da in Polnisch-Oberschlesien die polnische und in Deutsch-Oberschlesien die deutsche Dienstpragmatik für die Eisenbahner in Kraft stehen, das ist zulässig, aber die Bezahlung der Eisenbahner müßte hüben und drüben dieselbe sein. Das ist aber nicht der Fall, weil die Eisenbahner in Polnisch-Oberschlesien erheblich schlechter bezahlt werden als die Eisenbahner in Deutsch-Oberschlesien. Das macht viel böses Blut und der Unwille bei unseren Eisenbahnern ist groß. Sie kommen fast täglich dienstlich nach Deutsch-Oberschlesien und haben Gelegenheit, sich zu überzeugen, wie ihre Kollegen drüben leben und wie sie hier leben. Dieser Unwille macht sich bei jedem Anlasse bemerkbar und bei den letzten Sejm- und Senatswahlen haben nach der „Polska Zachodnia" die Eisenbahner, die auf der Strecke Myslowitz bis Neu-Berun wohnen, alle für die deutsche Wahlgemeinschaft gestimmt. Wir wissen nicht, wie die Eisenbahner gestimmt haben, aber wir wissen es, daß die Unzufriedenheit unter den Eisenbahnern eine große ist und daß man von polnischer Seite überhaupt nicht auf ihre berechtigten Wünsche keine und zwar nicht die geringste Rücksicht nimmt.

Dieser Tage haben eine Reihe Eisenbahner in Myslowitz ihr 25- und 30jähriges Dienstjubiläum gefeiert. Gottesdienst und alles mögliche wurde abgehalten. Auch die Presse hat darüber Notiz genommen und die Jubilare beglückwünscht. Bis dahin war alles in Ordnung, wenn nicht das „aber" wäre. Wer 35 Jahre treu gedient hat, der wird schon davon einen krummen Buckel bekommen haben, das ist einleuchtend. Und die alten Eisenbahner haben ihn auch bekommen und müssen in die Pension gehen. Gerade hier fängt der Aerger und das Fluchen an, weil die Pension nicht nach den früheren bereits erworbenen Rechten, wie das die Genfer Konvention vorschreibt, sondern nach der allgemeinen polnischen Pensionsordnung gezahlt wird und die schlesischen Eisenbahner werden um viele Prozente geschädigt. Das Herumlaufen und Schreiben hat hier nichts genützt und die alten Arbeitsveteranen erhalten eine gekürzte Pension ausgezahlt. Nun haben sich die neu pensionierten Eisenbahner entschlossen, das Genfer Schiedsgericht in Beuthen anzurufen und reichten eine Klage gegen die Bahndirektion in Kattowitz ein. Sie klagen im Armenrechte und der Ausgang der Klage ist bereits heute für jeden klar. Wundern soll man sich, warum die polnische Bahnverwaltung es so weit kommen läßt, wenn sie weiß, daß sie bei dem Schiedsgericht unmöglich gewinnen kann.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Aus dem Reiche des Herrn Grzesik.

Will ein Verein in Bismarckhütte, wo Herr Abgeordneter Grzesik unumschränkter Herrscher ist, seine Veranstaltungen durch öffentliche Plakatierungen bekannt geben, so muß die Genehmigung von der Gemeinde eingeholt werden und das bis spätestens eines jeden Donenrstags in der Woche. Es kann nun · mal vorkommen, daß sich irgendein Verein damit verspätet; handelt es sich nun um einen solchen von guten Patrioten, so werden zwar formell Schwierigkeiten gemacht, aber schließlich die Genehmigung doch erteilt. Handelt es sich jedoch um andere, wie etwa die polnischen Sozialisten, da gibt es ein ewiges Hin und Her, und gewöhnlich gibt es nichts mit der Plakaterei. Als erst vor kurzem eine polnische Genossin im Auftrage ihres Mannes auf der Gemeinde wegen der Genehmigung erschien, wurde ihr von dem zuständigen Beamten kurzerhand erklärt, sie möge lieber Hemden flicken, anstatt sich mit Politik zu befassen. Dieser Apostel des allgewaltigen Herrn Grzesik erhielt darauf aber eine Antwort, an die er noch recht lange denken dürfte.

Wenn nun schon die polnischen Genossen von der „Jedynka" so traktiert werden, wie ergeht es da erst den unseren! Selten in einer Gemeinde als gerade in Bismarckhütte werden die deutschen Sozialdemokraten und die ihnen nahestehenden Kulturvereine unterdrückt. Beispielsweise die Arbeitersänger. Seit Jahren bemüht man sich um ein Vereinslokal, aber es ist nichts zu wollen. Dank der Jedynka und der ihr brav folgsamen Wahlgemeinschaft ist kein Gastwirt dafür zu haben. Dafür hat man auch seinerzeit im „Oberschlesischen Kurier" Herrn Grzesik und seine Gemeinde so über den grünen Klee gelobt und Gott weiß was gefaselt über die Toleranz dieser Sanacjagröße. Man siehts ja.

Verschiedenes. In der letzten Berichtswoche war ein weiteres Sinken der Arbeitslosenziffer festzustellen. Während 331 Personen aus der Arbeit entlassen werden mußten, gelang es, 390 Erwerbslose einer Beschäftigung zuzuführen. Gegenwärtig sind 4996 Arbeitslose in den Registern verzeichnet, hiervon sind 3471 Männer, der Rest Frauen und Mädchen. An Unterstützungsgeld sind in der letzten Woche 1554 Zloty zur Auszahlung gelangt. — Deputatkohle. Zur Errechnung der in Natura empfangenen Bezüge ist auf Anordnung des Versicherungsamtes der Preis für eine Tonne Deputatkohle auf 26,55 Zloty festgesetzt worden, und zwar mit rückwirkender Kraft bis zum 16. April. — Alle Viehbesitzer werden darauf aufmerksam gemacht, daß Tierschutzimpfungen nur im Einverständnis mit dem Wojewodschaftsamte bezw. Kreistierarzt vorgenommen werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden bestraft. — Der Kreisausschuß trat unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Szalinski zu einer Vollsitzung zusammen. Von den Beschlüssen sind folgende besonders erwähnenswert: Der Kokereiverband in Bismarckhütte erhielt die Genehmigung zur Errichtung einer Teerdestillation. Die Bismarckhütte erhielt die Erlaubnis zur Inbetriebsetzung einer weiteren Dampfkesselanlage. Die Unterhaltskosten im Kreiskrankenhaus in Scharley sind neu geregelt worden und betragen für die dritte Klasse 5,80 Zloty, die zweite Klasse dagegen 8 Zloty pro Tag und Person.

Börsenkurse vom 21. 6. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.91 zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.838 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.50 zł
	1 Dollar	=	8.91 zł
	100 zł	=	46.838 Rmk.

Pleß und Umgebung

Betriebsrätewahlen. Am 22. d. Mts. findet auf der „Waleskagrube" die Betriebsratswahl statt. Bergarbeiterverband und der Polnische Zentralverband stellen zusammen eine Liste auf. Waleskagrube liegt in Mittel-Lazisk und gehört dem Arbeitgeberverband nicht an. Es ist eine tschechische Firma Besitzerin dieser Grube.

Nikolai. (Magistratsbeschlüsse.) Zur Unterbringung von Wohnungssuchenden in den Arbeiterhäusern, die im Vorjahre begonnen worden und nunmehr fertiggestellt sind, werden die entsprechenden Verzeichnisse aufgestellt. Diese Aufstellung wird vervollständigt, sobald die 10 Arbeiterhäuschen an der Plesser Straße in Kürze fertiggestellt sein werden. Die Herstellung der Kanalisations- und Wasserleitungsanlagen nach der Kolonie wurde einstimmig beschlossen. Die Maschinenfabrik Koetz beabsichtigt an der Fabrikstraße ein größeres Wohngebäude aufführen zu lassen. Dieses Zeichen erneuter Belebung des privaten Baumarktes wurde mit Anerkennung begrüßt. Die verschiedenen Beamten-Kategorien haben sich zusammengeschlossen zwecks Aufbau zweier großer Wohnhäuser am jüdischen Friedhof, um ihren Familien eine Unterkunftsmöglichkeit zu schaffen. Weiterhin wurde die Zustimmung zu einem Anbau an die alte Volksschule erteilt. In diesem Anbau soll die städtische Haushaltungsschule untergebracht werden. Bezüglich des Lyzeums wurde dem vorliegenden Antrage zugestimmt, die Bildungsanstalt in dem Gebäude des alten staatlichen Gymnasiums unterzubringen. Ein weiterer wichtiger Beschluß wurde hinsichtlich der Schaffung weit ausgedehnter Grünanlagen gefaßt. Ein über 5 Morgen großes Gelände wird mit über 6000 Bäumchen und einer entsprechenden Anzahl von Ziersträuchern und Blumen bepflanzt. Diese Anlagen sollen sich längs des neuen großen Sportplatzes bis nach dem Ortsteile Charlottenthal hinziehen. Es wurde schließlich noch angeregt, in diesen Anlagen täglich Konzerte durch eine Musikkapelle abhalten zu lassen.

Republik Polen

Bromberg. (Gefängnis für einen Gefängnisdirektor.) Vor dem Bromberger Bezirksgericht hatte sich der ehemalige Direktor des Gefängnisses in Hohensalza wegen Mißbräuche und Unterschlagungen zu verantworten. Während der Verhandlung stellte es sich auch heraus, daß der verbrecherische Gefängnisdirektor sich auch an weiblichen Gefangenen vergangen hatte. Der Angeklagte wurde zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Deutsch-Oberschlesien

Hindenburg. (Tödlicher Unglücksfall.) Bei einem Zusammenstoß mit einem Lastauto verunglückte gestern in den Mittagstunden der 17jährige Josef Cygan von der Wilhelmstraße. Die Ermittelungen der Polizei sind noch im Gange. Der 17jährige Josef Cygan geriet mit seinem Rade, von Gleiwitz kommend, in die Rille der Straßenbahnschienen. In dem Bestreben, das Rad aus dieser herauszureißen, kam er zu Fall und stürzte vor das Hinterrad eines nach Gleiwitz fahrenden Lastautos. Dem jungen Mann wurde der Schädel zerquetscht, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Cygan, der keine Eltern mehr hat, kam gerade von der Beerdigung seiner Stiefschwester und befand sich auf der Fahrt zur Schicht. Der Verunglückte wurde von der Unfallstelle, Kronprinzenstraße 63, in die Leichenhalle des städtischen Krankenhauses eingeliefert.

Gleiwitz. (Gemäldeausstellung Münchener Künstler.) In dieser Woche sind im Saale des Engelhardt-Ausschanks an der Coseler Straße Gemälde Münchener Künstler ausgestellt, unter denen sich eine ganze Anzahl sehr wertvoller Stücke befinden. So zeigt Hassenteufel eine ganz wunderbar komponierte Judith in glühenden Farbtönen. Huber ein sehr feinsinnig gemaltes Stilleben. Von Illenz sind drei Kompositionen von Mädchen am Waldrand und an Seen vorhanden, die in der Maltechnik an Liebermann erinnern. Ferner sind ausgezeichnete Gemälde von Professor Seyler, Professor Defregger, Professor Angelo Jank, Professor Otto Dill, Professor Morgenstern, Professor Strützel, Professor Albert Wenk und anderen namhaften Künstlern ausgestellt.



„Mutter schickt den Regenschirm zurück, den Sie ihr geborgt haben."
„Das hat aber lange gedauert, fast vier Wochen!"
„Es war ja immer so schlechtes Wetter."

Die französische Kammer

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Mitte Juni 1928.

Die Kammer von 1919, die durch die sogenannten „Siegeswahlen“ von Clemenceau zustandegekommen war, hatte auf mindestens vier Jahre eine bestimmte Aufgabe: sie sollte das Ergebnis des Krieges für Frankreich in bester Weise ausnützen. Auch die Linkskammer des Jahres 1924 hatte ein bestimmtes Programm: Die Durchführung all der Reformen, die in der vorangegangenen Legislaturperiode versäumt wurden und die Wiedergutmachung der Fehler des „Nationalen Blocks“. Aber nach der eigentlichen Aufgabe der heutigen Kammer würde man ganz vergebens suchen. Zur Not weiß man noch, daß sie die Frankenstabilisierung Poincarees zu billigen haben wird, aber darüber hinaus fehlt ihr jedes eigentliche Ziel. So hat man es sich auch zu erklären, daß keiner weiß, ob diese 14. Legislaturperiode ihren Schwerpunkt in den Linksparteien oder im Zentrum hat. Man weiß nur, daß Poincaree fest entschlossen ist, sich nicht auf rechts zu stützen.

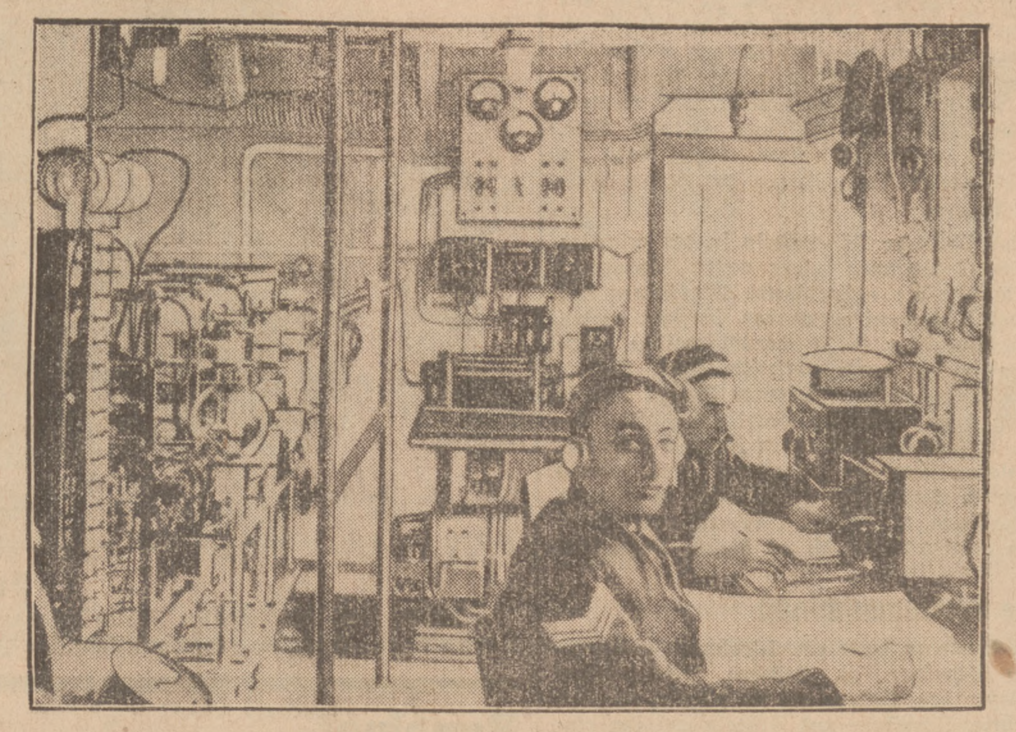
Darüber hinaus beabsichtigt Poincaree zweifellos, die Axe seiner heutigen Kammermehrheit so weit wie möglich nach links zu legen. Bezeichnend dafür war ja, daß die Regierung die Wahl des Sozialisten Fernand Bouisson zum Kammerpräsidenten, das heißt zur drittwichtigsten Stelle im Staat befürwortete. Die Leute des „Nationalen Blocks“ machen da Poincaree ernstlich den Vorwurf, durch die Befürwortung der Wahl eines internationalen Sozialisten zu diesem wichtigsten Posten der nationalen Kammer Frankreichs eine starke Enttäuschung bereitet zu haben. Man darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen, daß auch alle Vizepräsidenten der französischen Kammer den Linksparteien zufielen, während im deutschen Reichstag Herr von Graef dritter Vizepräsident werden konnte, und man fragt sich bereits in Frankreich, ob man wohl daraus zu schließen hat, daß im Grunde die heutige französische Kammer weiter links steht als der deutsche Reichstag. Die Wahl von Bouisson zum Posten des Kammerpräsidenten hat natürlich auch noch eine andere Bedeutung: Die Kammerpräsidentschaft kann die Vorstufe zur Republikpräsidentschaft sein, und die „Volontee“ sieht in diesem Fall für das Jahr 1932 schon Paul Boncour als französischen Ministerpräsidenten.

Unser Genosse Vincent-Auriol hat jetzt genau definiert, welches die Stellung der Sozialisten in der heutigen Kammer sein wird. Er legte dem Ministerpräsidenten Poincaree Fragen vor, deren Beantwortung dieser sicher vermeiden wird: „Wird die Regierung stabilisieren? Wann? Unter welchen Bedingungen? Sollen die Kosten der finanziellen Wiederaufrichtung wirklich von den untersten Klassen getragen werden? Mit welchen Mitteln wollen Sie die Wohnungskrise bekämpfen? Werden Sie die Gleichheit der Kinder beim Schulunterricht verwiklichen, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, ein Gesundheitsprogramm und ein Programm sozialer Fürsorge? Welche Maßnahmen werden Sie gegen die Monopole ergreifen, gegen die Truste, gegen die Börse? Werden Sie den Achtstundentag respektieren? Lieber Herr Poincaree, schützen Sie uns gegen die großen Elektrizitätsgesellschaften! Aber leider wollen Sie ja von den reichen Klassen nichts verlangen, weil Sie vor der Flucht der Kapitale ins Ausland Furcht haben! So richtet sich die Souveränität des Kapitalismus gegen Sie, gegen die Nation, in der frechesten Weise!“

Um genau zu zeigen, was die französischen Sozialisten unter einer Linkswendung der Kammer zu verstehen haben, sprach Vincent-Auriol auch vom außenpolitischen Programm der französischen Sozialisten: „Wir dürfen bei Locarno nicht stehen bleiben! Wir müssen die Räumung des Rheinlandes vorbereiten. Wir müssen die deutsche Schuld zu verwerten suchen. Zu all diesem haben wir um so mehr die Pflicht, als das deutsche Volk erst eben durch die letzten Reichstagswahlen seinen Willen bekundet hat, für Frieden und Republik einzutreten. Da haben wir Sozialisten die Pflicht, ein Wort der Begrüßung und Hoffnung dem Mann zu senden, der die Geschicke der deutschen Republik künftig führen wird“.

Die Rede von Vincent-Auriol zeigte dem französischen Ministerpräsidenten den Weg, den er zu gehen hat, wenn er nach der Frankenstabilisierung darauf verzichten will, weiterhin von der äußersten Rechten unterstützt zu werden. Von einer wirklich entschiedenen Wendung Poincarees nach links sind wir also noch sehr weit entfernt.

Kurt Lenz.



Nobiles letzte Verbindung

Der Funkraum der „Citta di Milano“, von dem aus die Verbindung mit Nobile aufrechterhalten wird.

Einigung der sozialistischen Parteien in Polen

Neben der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) bestand in Polen seit 1921 die von Genossen Dr. Drobner gegründete Unabhängige Sozialistische Partei (U. S. P.). Diese Partei war 1922 der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien beigetreten und trat beim Gründungskongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Hamburg 1923 dieser ebenso bei, wie die P. P. S. Die Zahl der Anhänger der Unabhängigen Partei war gegenüber der Massenpartei der P. P. S. stets relativ klein, die Parteimitgliederzahl überschritt wohl niemals das dritte Tausend und es gelang ihr auch nicht, ein Mandat im Parlament zu erringen, wenn sie auch bei Kommunalwahlen gewisse Erfolge erzielte.

Der Gegensatz, in dem die Unabhängige Partei zur P. P. S. stand, war vorwiegend taktischer Natur. Seit unter dem Regime Pilsudskis die P. P. S. in die Opposition getreten und der Gegensatz der Arbeiterklasse zum herrschenden Regime immer deutlicher in Erscheinung trat, reduzierten sich die Unterschiede in den taktischen Auffassungen immer mehr und es war der Moment gekommen, wo Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Parteien mit Aussicht auf Erfolg eingeleitet werden konnten. Der Gründer und Führer der Partei, der auch seit dem Bestehen der S. A. J. ihr Vertreter in der Exekutive gewesen war, Dr. Drobner, trat auf Grund dieser Lage in Einigungsverhandlungen mit der P. P. S. ein. Leider hat nicht seine ganze Partei die Notwendigkeit dieses Schrittes zur Einheit eingesehen, so daß nur ein Teil der Partei ihm folgte. Ein anderer Teil will unter der Führung von T. Warynski und Dr. Kruk die Unabhängige Partei aufrechterhalten. Von der Gruppe Drobner wird das Recht in Anspruch genommen, im Namen der von ihm gegründeten und bisher geleiteten Partei die Einigung zu vollziehen.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wird in ihrer nächsten Sitzung diese Sachlage zu prüfen und zu entscheiden haben, ob die noch weiter isoliert bestehende Gruppe als der S. A. J. angeschlossene Partei anzusehen ist oder nicht.

Ueber die Einigung sind im „Robotnik“ vom 3. Juni 1928 folgende Kundgebungen veröffentlicht:

Kundgebung der Unabhängigen Sozialistischen Partei Polens (U.S.P.P.)

Die Parteiberatung, die am 15. April 1928 in Tschenstochau (Czestochowa) stattfand, hat die Unterzeichneten einstimmig zu Verhandlungen mit der Leitung der P. P. S. zwecks Einigung der sozialistischen Reihen und zur Einberufung einer Landeskonferenz der U. S. P. P. gewählt. In der am 22. April in Lodz abgehaltenen Landeskonferenz haben sich nach langer Debatte für die Vereinigung der U. S. P. P. mit der P. P. S. (Polnischen Sozalistischen Partei) die Parteiorganisationen im Kohlenrevier Kalisch, Kattowitz, Pabjanice, Lodz (mit Ausnahme einiger Genossen) Tschenstochau (alle polnischen Genossen) erklärt. Nach der Konferenz haben sich für die Vereinigung schriftlich noch polnische Genossen aus Warschau, eine Reihe Vertrauensmänner aus vielen Städten, von den Exekutivmitgliedern die Genossen Dr. Drobner (Krakau) Vorsitzender, Kapitulka (Pabjanice) Sekretär, Biskup, Sosnowiec, Bialek, Tschenstochau und der jetzt verhaftete Genosse Haneman, Lodz, erklärt.

Damit hat sich für die Einigung der sozialistischen Reihen im Kampfe gegen Reaktion und Faschismus die große Mehrheit der Partei erklärt. Im Namen dieser Mehrheit verhandelten die Unterzeichneten mit der PPS. und diese Verhandlungen sind zu Ende geführt, indem die Unterzeichneten ihren Anschluß an die P. P. S. erklären. Vorstand der Exekutive der U. S. P. P. Dr. Boleslaw Drobner, Sekretär der Exekutive der U. S. P. P. Tomas Kapitulka, Vorstand des Lodzer Parteikomitees Stanislaus Martynowski.

Warschau, am 2. Juni 1928.

Kundgebung des Exekutiv-Präsidiums der P. P. S.

Das Präsidium der Exekutive der P. P. S. nimmt auf Grund des Beschlusses der Exekutive der P. P. S. die Entscheidung einer Reihe von Parteiorganisationen, Ortsvereinen, wie auch einzelner Genossen der U. S. P. P. betreffend den Anschluß an die P. P. S. zur Kenntnis. Wir begrüßen diese Tatsache mit Freude als weiteren Fortschritt auf dem Wege zur Stärkung des polnischen Sozialismus. An den nächsten Sitzungen des obersten Parteirates der P. P. S. werden die Delegierten der bisherigen U. S. P. P. bereits teilnehmen.

Gleichzeitig stellen wir im Einvernehmen mit der bisherigen Leitung der U. S. P. P. fest, daß eine Gruppe, die die U. S. P. P. noch aufrechterhalten will, kein Recht dazu besitzt, indem sie weder die Ideologie, noch die in der U. S. P. P. bisher organisierten Arbeiter vertritt.

Für das Präsidium der Exekutive der P. P. S.: Miecislas Niedzialkowski.

Warschau, am 2. Juni 1928.

Das erste Deutsche Arbeiter-Sänger-Bundesfest in Hannover

Hannover, den 16. Juni 1928.

I.

Was der Bund der deutschen Arbeitersänger seit Jahr und Tag erstrebt: einmal über den Rahmen eines Gau- oder Bezirksfestes hinaus ein alle angeschlossenen Vereinen, Männer. Frauen und die Jugend umfassendes Reichstreffen zu bewerkstelligen, heute ist es zur glücklichen Tat geworden. Der zukunftweisenden Bedeutung dieses Unternehmens waren sich alle beteiligten Arbeitersänger wohl bewußt und sie setzten ihren Ehrgeiz daran — koste auch erhebliche Opfer — das Fest zu einer machtvollen, weithin widerhallenden Kundgebung des Kulturstrebens und Bildungswillens der arbeitenden Volksschicht auszugestalten. Es galt hier, mit diesem einen Fest vor allem drei wichtige Aufgaben zu erfüllen; zunächst einen Ueberblick über die enorme Aufwärtsentwicklung des verhältnismäßig noch jungen Bundes zu gewähren, sodann an den größten Werken der chormusikalischen Weltliteratur die künstlerischen Kräfte zu messen und schließlich eine großzügige Propaganda durchzuführen. Bereits am Abend des ersten Tages sieht es so aus, als würde das Fest diesen hohen Anforderungen in hohem Maße gerecht, und als bewähre sich die schöne Leinestadt Hannover als Rahmen dazu. Das halbe Hunderttausend Teilnehmer, die aus allen Gauen Deutschlands, aus Oesterreich, Tschechen, Polen, der Schweiz, Holland, Dänemark und Ungarn herbeiströmen, wird mit Fest- und Flaggenschmuck, der in der ganzen Stadt zu sehen ist auf das freundlichste empfangen. Für die Hauptveranstaltungen — das Programm umfaßt nicht weniger als acht große orchesterbegleitete und zwanzig a-cappella-Konzerte — wurde der Kuppelbau der neuen Stadthalle mit ihren beiden großen Nebensälen auserfehen, zur Abhaltung des im Mittelpunkt der Veranstaltung stehenden Massensingens das daneben liegende Stadion und dazwischen hat man eine Zeltstadt als eine Art Vergnügungspark errichtet.

Der Einladung zur internen Begrüßung im Beethovensaal der Stadthalle waren außer zahlreichen Vertretern der deutschen Vereine und der „Arbeitersänger-Internationale“, Abgesandte der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Partei, der Gewerkschaften, der Kunstwelt und der Presse gefolgt. In den Ansprachen wurde in allen Variationen den kulturellen Wert der Arbeitersänger-Bewegung Ausdruck verliehen. So verriet der Kultusminister Dr. Becker, der die Grüße der Reichs- und der preußischen Regierung überbrachte, daß sich die Angehörigen seines Ressorts eifrig bemühen, neben der Sportbewegung den Gedanken der Volksmusik nicht nur zu fördern, sondern zu ihrem weiteren Ausbau beizutragen. Er betonte, daß für ihn das „Ideal nicht mehr nur eine von einigen für einige ausgeübte Kunstpflege“ sei, sondern, daß es „auf das ganze Volk ankommt“. Als „Mittelding zwischen Bildung und Unterhaltung schafft die Volksmusikpflege ein Gegengewicht gegen die rein verstandesmäßigen Bildungsmittel und vermittelt gefühlsmäßig und in gesteigerter Eindringlichkeit Kulturgüter“. Dr. Becker sieht wesentliche Punkte der praktischen Förderung in der Anerkennung der Gemeinnützigkeit und in der Unterstützung des Chorverlagswesens und er stellte sogar — gewiß ein erstrebenswertes Ziel, wie auch dieses Fest wieder zeigt — die Schaffung einer staatlichen Chormeisterhochschule in Aussicht. Hierauf warf der Bundesvorsitzende Fessel (Berlin) einen Rückblick auf die anspruchsvolle Vorarbeit der einzelnen Festausschüsse. Als Vorstand des Parteivorstandes begrüßte und beglückwünschte Reichstagsabgeordneter Brey die Sängerschaft und dann entbot Oberbürgermeister Dr. Menge den Willkommgruß der Stadt Hannover. Es war schließlich interessant, gegen Ende dieser eindrucksvollen Feierlichkeit aus dem Munde eines Deutsch-Amerikaners zu erfahren, daß ungefähr ein Dutzend Sänger selbst die Reise über den großen Teich nicht gescheut haben.

Kurz darauf fand im Kuppelsaal und in der großen Ausstellungshalle die öffentliche Begrüßung in Form von Konzerten der Hannoverschen Bezirkschöre statt, denen ebenfalls Begrüßungsreden der Bundesvorstände vorausgingen. In der Ehrenloge sah man unter anderen den Kultusminister und seinen musikalischen Mitarbeiter Kestenberg, den Reichstagspräsidenten Löbe, den Oberpräsidenten Noske, den Chorkomponisten Landwai und die künstlerischen Beiräte der Veranstaltung Prof. Siegfried Ochs und Prof. Carl Thiel. Der Beifall des vollbesetzten Hauses, das allen Ausführungen und musikalischen Darbietungen folgte, wuchs ganz besonders an, als der Bundesvorsitzende mit Stolz darauf aufmerksam machte, daß auch Genosse Löbe als Mitglied des Breslauer Volkschors aktiver Mitarbeiter der Bewegung sei.

Auf den künstlerischen Verlauf der Begrüßungskonzerte möchten wir noch in dem den rein musikalischen Teil des Bundesfestes berücksichtigenden nächsten Bericht zurückkommen.

Interessantes aus aller Welt

Das erste Pferderennen in Japan

Nun hat auch Japan sein erstes Pferderennen gehabt. Auf der Bahn von Ofuna hatte sich eine zahlreiche neugierige Menschenmenge eingefunden. Die Zuschauer, meistens Arbeiter, hatten über Pferderennen aber merkwürdige Ansichten. Die ganze Veranstaltung war schließlich ein großer Mißerfolg.

Die Zuschauer, die ein solches Schauspiel ja noch nie gesehen hatten, gerieten in helle Empörung, als ein Pferd mit großem Vorsprung durchs Ziel lief. Alles tobte und schrie: „Schiebung! Schiebung!“, obwohl das Rennen einwandfrei durchgeführt worden war. Die Tribünen und Barrieren wurden von den aufgeregten Menschen zertrümmert, alles stürmte zur Kasse, das Eintrittsgeld zurückfordernd. Nur mit Mühe konnte sich der Veranstalter in die Polizeiwache retten. Um die Menge zu beruhigen, ordnete der diensttuende Offizier die sofortige Rückzahlung der Eintrittspreise in Höhe von 16 000 Mark an. Damit gaben sich die Zuschauer endlich zufrieden und entfernten sich. Der Veranstalter aber konnte die große Pleite konstatieren. Kein Sen war mehr in der Kasse, dafür belief sich aber der Schaden an zerbrochenen Gegenständen auf etwa 4000 Mark. Unter solchen Verhältnissen dürfte sich schwerlich ein neuer Veranstalter von Pferderennen in Japan finden.

Drahtlose Wellen erhalten die Milch frisch

Ein neues Verfahren schützt die Milch für mindestens vier Tage vor dem Sauerwerden.

Ein neues Verfahren zur Frischerhaltung von Milch, das sowohl für unsere Ernährung wie auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus von außerordentlicher Bedeutung ist, hat der Chemiker an der Universität Wien, Dr. Seidel, gefunden. Dieses Verfahren, das auf der Verwendung drahtloser Wellen zur Frischerhaltung von Milch beruht, wird morgen erstmals von der Heller-A.-G. in den Räumen der Milchlieferungsgesellschaft der Oeffentlichkeit vorgeführt werden.

Dr. Seidel arbeitet schon seit längerer Zeit an diesem neuen Verfahren und wird dabei auch von den öffentlichen Körperschaften unterstützt. Das preußische Landwirtschaftsministerium sowohl wie auch das Reichsgesundheitsamt und das Gesundheitsamt der Stadt Berlin wenden neben zahlreichen anderen amtlichen Stellen dem neuen Verfahren stärkste Aufmerksamkeit zu. Bisher wird die Frischerhaltung der Milch bekanntlich mittels des sogenannten Pasteurisierungsverfahrens durchgeführt, wodurch sich die Milch etwa 10- bis 12 Stunden frisch

hält. Trotz des Pasteurisierungsverfahrens rechnet man in Fachkreisen damit, daß oft etwa 40 Prozent der Kindermilch und 20 Prozent der Magermilch sauer werden und der Landwirtschaft zu anderen Zwecken wieder zugeführt werden müssen. Dr. Seidel erklärt nun, daß durch seine Methode nicht 1 Prozent der Milch schlecht würde. Sein Verfahren gewährleiste vielmehr eine Frischerhaltung der Milch ohne Kühlung für vier Tage, und wenn die Milch kühl aufbewahrt würde, für 14 Tage bis drei Wochen, in den besonderen Einrichtungen der großen Molkereien sogar für vier Wochen.

Zur Einführung der Methode Dr. Seidels in der gesamten Milchwirtschaft ist keine Anschaffung einer neuen Apparatur notwendig, vielmehr braucht die entsprechende Einrichtung nur in die gleichen Apparate eingebaut zu werden, die jetzt in den Molkereien zur Behandlung der Milch benutzt werden. Die eingebaute Vorrichtung erzeugt durch elektrische Kraft Wellen, die keimtötend auf die Milch wirken. Darüber hinaus gibt es auch Apparate, die die neue elektrische Vorrichtung gleich besitzen. Durch die neue Erfindung wird es in Zukunft nicht nur möglich sein, der Milchwirtschaft im besonderen und dadurch auch der Landwirtschaft im allgemeinen große Werte zu erhalten und die menschliche Nahrung zu fördern, sondern auch einen Milchexport in Länder durchzuführen, die an diesem Nährmittel arm sind.

Die Schwanenschlacht

Im Kentonsee bei Brombey hatte ein Schwimmer einen gefährlichen Kampf mit Schwänen zu bestehen. Nichtsahnend näherte er sich im Wasser den Tieren, als sie plötzlich auf ihn losstürzten und mit ihren Schnäbeln und Flügeln auf ihn einschlugen. Man weiß nicht, was die Tiere gereizt haben könnte. Der Schwimmer schwebte in der größten Gefahr. Nur mit Mühe vermochte er sich über Wasser zu halten. Um ihren wütenden Hieben zu entgehen, tauchte er unter Wasser, aber die Schwäne ließen nicht von ihm ab und verfolgten ihn, wenn er an einer anderen Stelle wieder auftauchte. Die Lage wurde für den Mann immer gefährlicher, da auch von anderen Seiten des Sees Schwäne hinzukamen und am Kampfe teilzunehmen gewillt schienen.

Laut schrie der Erschöpfte, der seine Kräfte sinken fühlte, um Hilfe. Am Ufer hatte man den seltsamen Kampf schon beobachtet und schickte in aller Eile einen Kahn aus, in dem ein paar Männer mit langen Stöcken bewaffnet, dem Schwimmer zu Hilfe eilten. Es entspann sich ein regelrechter, erbitterter Kampf zwischen den Männern im Boot und den wütenden Schwänen. Einige Tiere wurden tödlich verletzt, und das Wasser rings färbte sich blutigrot bei ihrem Sterben. Endlich schlug man die Schwäne in die Flucht. Am Ufer hatten sich zahlreiche Menschen eingefunden, die das seltene Schauspiel anfeuernd, lärmend miterlebten. Als die Männer mit dem aus ernster Lebensgefahr Geretteten im Boot ans Ufer zurückkehrten, brachte die Menge ihnen stürmische Huldigungen, als kämen sie aus einer siegreichen Schlacht ...

Südafrika, ein Sportlerparadies

Ein Musterland.

Zu den Weltgegenden, wo das Leben eine Annehmlichkeit ist, gehört Südafrika. Man hat besonders die Kapkolonie das Land genannt, wo man in ganz großem Stil leben kann, und sicherlich bietet kein anderes Land bessere Bedingungen für sportliche Betätigung. Prachtvolle, weit ausgedehnte Golfplätze in anmutiger Landschaft laden die Freunde dieses Sportes zu eifriger Betätigung, riesige Affenbrotbäume während der Kampfpausen zu angenehmer Rast ein. Die schönsten Plätze dieser Art hat die Provinz Georgien und Messina an der Grenze von Südrhodesien. Das Stadion von Johannisburg ist das Ideal aller Krickett- und Fußballspieler. Die Sportplätze von Bloemfontein haben allen erdenklichen Komfort und sind für taghelle elektrische Beleuchtung während der Abendstunden eingerichtet. Jede Stadt, selbst die kleinste, hat zahlreiche und mustergültige Tennisplätze, wo sich die jungen Südafrikaner beiderlei Geschlechts diesem dort besonders beliebten Spiel widmen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“, Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.



Schlesierspiele am Zobten

In Blücherbruch am Fuße des Zobten gelangen durch die Schlesische Bühnen-G. m. b. H. in künstlerisch vollendeter Form Freilichtspiele zur Darstellung. — Im Bilde: Eine Szene aus Shakespeares „Was ihr wollt“.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 422.

Freitag. 17: Vortrag. 17.45: Nachmittagskonzert. 18.55: Berichte, anschließend Vorträge. 20.15: Konzert aus Warschau, anschließend Zeitzeichen und Berichte. 22.30: Plauderei in französischer Sprache.

Krakau — Welle 422.

Freitag. 12: wie vor. 17.20: Vortrag. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 19.35: Radiorevue. 20.15: Programm von Warschau.

Posen Welle 344,8.

Freitag. 13: Zeitzeichen und Mittagskonzert. 17.20: Vortrag, übertragen aus Krakau. 17.45: Konzertübertragung. 18.55: Vorträge. 20.15: Sinfoniekonzert der Warschauer Philharmonie. Anschließend: Die Abendberichte und Tanzmusik.

Warschau — Welle 1111,1.

Freitag. 15.55: Vorträge. 16.40: Englischer Unterricht. 17.20: Vortrag, übertragen aus Krakau. 17.45: Unterhaltungskonzert. 19.05: Verschiedene Berichte. 19.30: Vortrag: Sport und Körperkultur. 19.55: Musikalische Plauderei. 20.30: Sinfoniekonzert der Philharmonie. Anschließend die letzten Abendberichte.

Gleiwitz Welle 329,7. Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13.06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15.35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24.00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Freitag, den 22. Juni. 16.00—16.30: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau, Berufsorganisation. 16.30 bis 18.00: Unterhaltungskonzert. 18.00—18.25: Schlesische Arbeitsgemeinschaft „Wochenende“. 18.25—18.50: Abt. Welt und Wanderung. 19.25—19.50: Abt. Theatergeschichte. 19.50 bis 20.15: Kulturgeschichte. 20.30 Sinfoniekonzert. Werke von Franz Schubert.

Versammlungskalender

Versammlungen des Maschinisten- und Heizer-Verbandes.

Bismarckhütte. Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr, im bekannten Lokal.

Schwientochlowitz, Sonnabend, 23. Juni, abends 7 Uhr, Lange Straße 17.

Lipine. Montag, den 25. Juni, abends 7 Uhr, bei Morawietz.

Laurahütte. Mittwoch, den 27. Juni, abends 7 Uhr, bei Generlich.

Kattowitz. Freitag, den 29. Juni (Peter und Paul-Fest), vormittags 10 Uhr, im Zentralhotel, beide Gruppen, Transportarbeiter, Maschinisten und Heizer.

Kattowitz. Holzarbeiter. Donnerstag, den 21. d. Mts., abends 7 Uhr, im Zentralhotel Mitgliederversammlung. Pünktliches Erscheinen Pflicht.

Bismarckhütte. Ortsausschuß. Am Donnerstag, den 21. Juni, abends 7½ Uhr, Ortsausschuß-Sitzung der Zahlstelle Bismarckhütte.

Königshütte. Holzarbeiter. Sonntag, den 24. Juni, findet eine sehr wichtige Sitzung statt. Kein Kollege darf fehlen.

Königshütte. Bezirkskonferenz der Freidenker. Am Sonntag, den 24. Juni, vormittags 10 Uhr, findet im Volkshaus Krol. Huta eine Bezirkskonferenz statt, zu der die 1. Vorsitzenden und Kassierer der einzelnen Gruppen bestimmt erscheinen müssen. Die Kassierer werden ersucht, genaue Berichte über Beitragsgruppen, an die Bezirksleitung abgelieferte Gelder usw. mitzubringen. Mitglieder haben als Gäste gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches Zutritt.

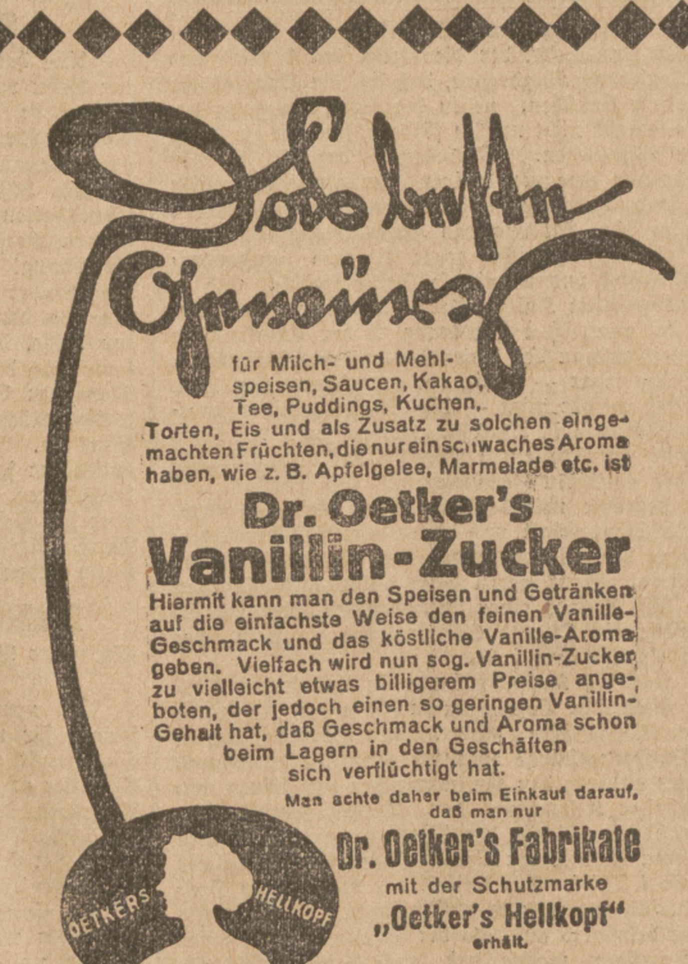
Königshütte. Am Sonnabend, 23. Juni, abends 7½ Uhr, findet im Volkshaus (Vereinszimmer) eine Vorstandssitzung des Ortsausschusses statt. Dazu sind die Vorstände sämtlicher Kulturvereine, welche den freien Gewerkschaften angeschlossen sind, eingeladen. Es wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen gebeten.

Königshütte. „Arbeiterwohlfahrt“. Donnerstag, den 21. Juni, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Mitgliederversammlung. Sämtliche Frauen werden dazu eingeladen. Referentin: Genossin Kowoll, Katowice.

Königshütte. Konsumverein. Am Freitag, den 29. Juni (Peter-Paul-Feiertag), findet im Dom Ludowy, Büfettzimmer, die ordentliche Generalversammlung der Spoldzielnia „Naprzod“ (Konsumverein Vorwärts) statt. Die Genossen werden gebeten, recht zahlreich daran teilzunehmen. Der Vorstand.



Werbet ständig neue Leser!







DRUCKSACHEN
FÜR DEN GESCHÄFTSVERKEHR

Rechnungen, Quittungen, Briefbogen, Postkarten, Kouverts, Kassablocks, Formulare fertigt in kürzester Frist

„VITA“ NAKŁAD DRUKARSKI
KATOWICE, ULICA KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097